

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 16

Berlin, den 20. April 1929

4. Jahrgang

Lohn- und Tariffkampfzeit.

Die Monate März, April, Mai sind bekanntlich die Zeit, in der die meisten Tarife ablaufen und abgeschlossen werden, es ist also die Tarifbewegungsperiode, in der wir uns gegenwärtig befinden. Schätzungsweise tiefen und laufen die Tarife für 5-6 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ab. Zum Teil kündigten die Arbeiterorganisationen die Tarife, zum anderen diese Arbeitgeberverbände, wo das noch nicht geschehen ist, wird es zum nächstmöglichen Termin noch geschehen. Von den großen Arbeitergruppen stehen die Bauarbeiter und die Eisenbahner gegenwärtig in Bewegung, die Bergarbeiter an der Ruhr werden folgen. Die Tarifbewegungen in den Gebieten des Keramischen Bundes sind nur zum Teil abgeschlossen, so daß darüber noch kein abschließendes Bild gegeben werden kann.

Aus all den Tarifbewegungen geht hervor, daß die Arbeitgeber alles versuchen, Lohnerhöhungen zu unterbinden und Manteltarife mit Verbesserungen für die Arbeiterschaft nicht Verträge werden zu lassen. Eines scheinen aber die Arbeitgeber nicht mehr so eifrig zu probieren, nämlich — die Aussperrungen. Sie drohen etwas weniger damit als noch vor Monaten die Eisen- und Textilindustriellen. Anscheinend haben diese nicht die besten Erfahrungen damit gemacht. Es soll keineswegs gesagt sein, daß nun gar keine Unternehmergruppe mehr aussperrt wird. Soviel wirtschaftliche Einsicht darf man bei deutschen Unternehmern nicht voraussetzen, aber etwas vorsichtiger scheinen sie geworden zu sein.

Zu den diesjährigen Frühjahrstarifbewegungen hatten die deutschen Unternehmer ja ein großes Stück Vorarbeit durch die Herbst- und Winterkämpfe in der Metall- und Textilindustrie geleistet, aber es reichte nicht dazu aus, der Lohnentwicklung ein unverrückbares Halt zu bieten. Die Praxis zeigt und die Notwendigkeit gebietet eben, daß die Lohnentwicklung nicht von dem Willen der Arbeitgeber allein abhängt, sondern daß sie ihre eigenen Wege trotz aller Gebote, Verbote und Hindernisse geht, ja gehen muß, weil die Gesamtverhältnisse in Deutschland dazu zwingen.

Wir befinden uns gegenwärtig in einem Stadium höchster wirtschaftlicher Vorwärtsentwicklung. Der Individualismus in der Wirtschaft muß mehr und mehr dem Kollektivismus weichen, wodurch neue Kräfte nach Befähigung und Entfaltung drängen. In der Technik wird die Dampfmaschine vom Motor abgelöst. Das Verkehrswesen wird damit in eine andere Richtung, und zwar vom Schienenweg auf die Autostraße und von der Erdbundenheit in die Luft gewiesen. Neue Industriezweige entstehen. Im Nachrichtenwesen brachte das Radio eine große Umwälzung mit bedeutenden wirtschaftlichen Auswirkungen. Den Menschen werden neue Bedürfnisse aufgezwungen. In einer so gewaltigen Umwälzung in der Wirtschaft, in einer so lebhaften Bewegung im gesamten Gesellschaftsleben daran zu denken, in lohnpolitischer und sozialpolitischer Hinsicht Stillstand gebieten zu wollen, halt zu rufen, ja unruhig Mittel zum Kampf für den Stillstand zu verschwenden, ist so vermessend, daß man diese Rücksichtigkeit selbst den deutschen Unternehmern nicht zutrauen sollte. Aber es nützt nichts. Sie sind so rück-schrittlich. Sie betonen diese hinterwälderische Wirtschaftseinstellung immer wieder und lassen sie besonders von ihren dienstbaren Geistern vertreten. Dabei werden viel Zeit und Kraft nutzlos verthan und der Wirtschaft, dem Staat und Volk erheblicher Schaden zugefügt.

Das deutsche Unternehmertum von den bedingten Notwendigkeiten zu überzeugen, ihm trotz zwingender Vorbilder die Erkenntnis der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung beizubringen, ist nicht leicht. Es beugt seinen brutalen Starrsinn nur vor den härtesten Tatsachen. Selbsterkenntnis scheint ihm völlig zu fehlen. Zu den härtesten Tatsachen gehören auch die notwendigen Lohn- und Tariffkämpfe der Gewerkschaften, die die Unternehmer z. T. mit Aussperrungen beantworten. 31 554 332 Streiktage setzten die Unternehmer in den Jahren 1924-28 39 273 549 Aussperrungstage gegenüber. Besonders in den Jahren 1924, 1927 und 1928 waren die Arbeitgeber aussperrungswütig. Wenn man bedenkt, daß Streiks und Aussperrung dem rückständigen Verhalten und der Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber und ihren Vertretern zu verdanken sind, so läßt sich daraus erkennen, welchen Schaden diese Kreise der deutschen Wirtschaft bereiten, ehe sie Notwendigkeiten, die sich gar nicht umgehen lassen, anerkennen. Sie vergeuden wertvolles Wirtschaftsgut erst in Millionenwerten, ehe sie veraltete Anschauungen aufgeben. Es bedarf eines starken Zusammenhaltens der kollektivistischen Organisationskräfte der Gewerkschaften und anderer Faktoren, um im Kampf mit dem deutschen Unternehmertum Erfolge zu erringen.

Die Argumente, deren sich die Unternehmer bei den Lohn- und Tarifbewegungen bedienen, werden in der Öffentlichkeit vielfach als der Weisheit letzter Schluss angesehen. Wenn sie Raum für Kapitalbildung verlangen, zu der ein Teil des Arbeitslohnes verwendet werden soll, meint das Bürgertum, das sei richtig, wenn sie von den Soziallasten befreit werden wollen, die ihre käumige und verkehrte Wirtschaftspolitik verursachte, stimmen alle Denksäulen zu. Diese halten es für das Gegebene, wenn der Arbeiter alle Opfer bringt, die auch die anderen mitzutragen hätten. Den Vermögern und Wehr-lösen haben eben die Hunde zu beißen. Das ist die bürgerliche Moral.

Jetzt, wo es an die Verteilung der Kriegskosten geht, wo sich alle Zahlungsfähigen um die Beteiligung an der Deckung brühen, wo sie freiwillig zurücktreten, um den Arbeitern, Angestellten und Beamten den Vorrang im Bezahlen der Reparationen zu lassen, erlebt man auch sein blaues Wunder. Keine Lohnerhöhung, eher Lohnabbau verlangen die Arbeitgeber

Manifest des Internat. Gewerkschaftsbundes

für den 1. Mai 1929.

An die Arbeiter aller Länder!

Seit im Jahre 1889, also vor vierzig Jahren, der 1. Mai als Demonstrationstag für Völkerverbrüderung und Arbeiterschutz bestimmt wurde, hat die internationale Arbeiterschaft ununterbrochen ihre Stimme für Völkerverbrüderung, Abrüstung und internationales Schiedsgerichtsverfahren, für Arbeiterschutz und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages erhoben und den herrschenden Mächten aller Länder diese Forderung in besonders eindringlicher Form zum Bewußtsein gebracht.

Der „Große Krieg“ hat diese Arbeit unterbrochen und der ganzen Welt in schärfster Weise die Schrecken einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Völkern eingeschmeckt.

Trotzdem inzwischen durch den Kellogg-Pakt der Krieg für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt wurde, werden die Kämpfungen ununterbrochen fortgesetzt. Wenn nicht die friedensfreundlichen Teile der Völker sich ebenso rühmig zeigen wie die Nationalisten und Kriegsbegehr, kann eines Tages das gegenseitige Abschlagen von neuem beginnen.

Es ist daher vor allem eine Pflicht der Arbeiterschaft, sich allen Versuchen, den militaristischen Geist und die militaristischen Hilfsmittel zu stärken, zu widersetzen. In der neuen Generation, die den Krieg nicht kennen gelernt hat, muß die Abneigung gegen Krieg und Militarismus aufrecht erhalten werden, und die Arbeiterschaft darf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie sich einer neuen Schlächtereier mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen wird.

Als vor zehn Jahren die erste Arbeitskonferenz in Washington zusammentrat, dachten Unternehmer und Regierungen noch einigermaßen an die Versprechungen, die der Arbeiterschaft während des Krieges gemacht wurden. Ein Arbeiterschutzprogramm wurde angenommen, das vor allem dem Verlangen der Arbeiterschaft nach Sicherung des Achtstundentages Rechnung trug. Bald aber ist man von den gegebenen Versprechungen abgerückt, fast nichts Wesentliches ist durchgeführt

worden; vor allem hat man es abgelehnt, die Hauptforderung der Arbeiter, den Achtstundentag, gesetzlich festzulegen. Soweit Fortschritte gemacht wurden, sind diese durch die geschlossene Macht der Arbeiterschaft durchgekehrt worden.

Es gilt, den Regierungen und der Unternehmerschaft zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht geneigt ist, sich beiseite zu drücken zu lassen und zu gestatten, daß die Reaktion die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen verhindert.

Der erste Mai dieses Jahres soll den herrschenden Mächten in erster Linie die Friedensforderungen der Arbeiterschaft sowie die Forderung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages in Erinnerung bringen. Darum fordern wir die Gewerkschaftsmitglieder in allen Ländern auf, auch in diesem Jahre wieder am ersten Mai machtvoll zu demonstrieren für

Abrüstung und Schiedsgerichtsverfahren,
Durchführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes,
Gesetzliche Festlegung des Achtstundentages.

Da der Arbeiterschaft von ihren Gegnern erfahrungsgemäß nur zugestanden wird, was sie sich durch die Macht ihrer Organisation erkämpfen kann, richten wir zugleich die eindringliche Mahnung an die gesamte Arbeiterbewegung, ihre Kampforganisationen immer weiter zu stärken, um alle Widerstände gegen den Fortschritt der sozialen Entwicklung mit steigendem Erfolg zu überwinden.

Internationaler Gewerkschaftsbund:

Der Vorstand:

Walter M. Citrine (Großbritannien), Vorsitzender,
S. Jacobsen (Dänemark), Vizenvorsitzender,
L. Jouhaux (Frankreich),
E. Leibar (Deutschland),
G. Mertens (Belgien),
N. Tayerle (Tschechoslowakei),
Joh. Sassenbach, Sekretär.

aller Richtungen. Keine Soziallasten, wenn auch Millionen verhungern würden, schreit es im Chor durch die bestehende Christenwelt. Hilfe für die notleidende Landwirtschaft, Hilfe für die Industrie schallt es durch die Lande. Arbeiter als Arbeiter darbe, Arbeiter opfern, ist die Folge all der Verlangen. Schlichtungsstellen werden unter Druck gesetzt, Regierungskritiken herbeigeführt. Der Ruf nach dem starken Mann ertönt und politisches Nomenklatur wird mobil gemacht, um mit Rabau und Kaufhändeln die Vernunft zu bekriegen. Alles bestreuen, um den Besitz, das Kapital, zu schonen, um den Arbeiter ins Loch zu spannen, ihn für sich wirken zu lassen. Schonung der Reichen, Belastung der Armen, um diese Hauptprobleme spielen sich gegenwärtig in Deutschland die großen Kämpfe in der Wirtschaft und in der Politik ab.

Das muß die gesamte Arbeiterschaft erkennen. Nicht durch Rechenumstände, durch Blendwerk von biefer Erkenntnis zwingen lassen. Es geschehen keine Wunder, durch die unsere Leiden gelindert und unsere Kämpfe zum sofortigen Siege geführt werden. Wir müssen all unsere Vernunft, unsere Erkenntnis, unseren Geist wirken lassen, um unsere Massen-genossen, die teils betört, teils geklendet, teils irrend und teils hoffend auf die Erfüllung des Zauberpruchs der Zigeunerin oder des Orakels der Kartenlegerin warten, zu überzeugen, daß nur einheitliches Kollektivwirken der Gewerkschaften und nicht Zerstückelung unserer Macht uns vorwärts bringt.

Wir kämpfen nicht nur um höheren Lohn, sondern um den gerechten Anteil bei der Schaffung aller Werte, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen wie kulturellen Fortschritt. Wenn die Einsichtlosigkeit der Unternehmer so groß ist, daß sie dafür keinen Sinn haben, dann müssen sie die Folgen ihres rückständigen Verhaltens selbst tragen. E. R.-r.

Die sozialen Verhältnisse in Wirklichkeit.

In der Öffentlichkeit spielt immer wieder die Frage eine Rolle, ob der Lebensstandard der breiten Massen sich dem Kriegszustand angepaßt habe oder nicht. Von den Unternehmern und ihren Organen wird die Behauptung aufgestellt, daß der Lebensstandard der Vorkriegszeit nicht nur erreicht ist, sondern darüber hinausgeht. Von den Gewerkschaftsvertretern wird das Gegenteil zu beweisen versucht. Das Statistische Reichsamt hat bekanntlich Messungen aufgestellt, die den tatsächlichen Stand der Lebenshaltung, der Preisgestaltung u. a. ausdrücken sollen. Der amtliche Lebenshaltungsindex ist von sehr problematischem Wert; schon allein darum, weil wichtige Teile der notwendigen Ausgaben nicht berücksichtigt wurden. Das Statistische Reichsamt Hamburg hat in den Jahren 1925 und 1926 eingehende Untersuchungen von 300 Familien, die dem Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenstande angehören, durchgeführt. Diese sind außerordentlich aufschlußreich.

Der Untersuchung zugrunde lagen die Haushaltungen von 146 Arbeitern, 102 Lehrern, 6 Beamten, 24 kaufmännischen Angestellten und 2 sonstigen Angestellten. Der Jahresdurchschnitt

der Einnahmen sämtlicher Haushaltungen stellte sich auf 4288 RM. Das Durchschnittseinkommen bei den Arbeitern war um 24,12 v. H., bei den Beamten um 6,57 v. H., bei den kaufmännischen Angestellten um 4,65 v. H. und bei sonstigen Angestellten um 7,44 v. H. niedriger als die Jahreseinnahmen im Durchschnitt. Das Einkommen der Lehrer lag um 39,04 v. H. über den Durchschnitt. Die sorgfältigen Untersuchungen des Statistischen Reichsamts in Hamburg bestätigen die Behauptung, daß mit höherem Einkommen der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben fällt. Dies geht aus nachstehender Zusammenstellung deutlich hervor:

von Haushaltungen	für Lebensmittel		für sonstige Lebensbedürfnisse		zusammen
	RM	v. H.	RM	v. H.	
Arbeiter	1409,29	44,91	1738,64	55,09	3147,93
Lehrer	1707,57	29,46	4088,56	70,54	5796,13
Beamten	1349,30	35,34	2542,22	64,66	3891,52
Kaufm. Angest.	1400,85	34,31	2682,08	65,69	4082,93
Sonst. Angest.	1455,65	37,96	2378,59	62,04	3834,24
Im Durchschnitt	1518,03	36,16	2671,21	63,84	4189,25

Die Ernährungsweise der untersuchten Haushaltungen war gemäß dem Einkommen sehr verschieden. Bei den Arbeitern waren die Ausgaben für billige Nahrungsmittel, wie Fette, frische, Fleisch, Wurst usw. absolut wie anteilmäßig höher als bei den anderen Berufen. Bei den Ausgaben für Butter und der besseren Nahrungsmittel war das Gegenteil der Fall. So gab ein Arbeiterhaushalt im Jahre 1926 für Fette ohne Butter 103,02 RM aus, dagegen die Lehrer 61,49 Reichsmark. Bei Butter war das Verhältnis gerade umgekehrt. Ein Arbeiterhaushalt gab 79,95 RM für Butter und der Lehrershaushalt 184,27 RM für das gleiche Nahrungsmittel aus. Die Arbeiter verbrauchten mehr Fleisch- und Wurstwaren als die Lehrer, die Ausgaben hierfür waren aber geringer. Der Gegensatz zwischen Gewicht und Ausgaben bei den Lehrern einerseits und den Arbeitern andererseits ist darauf zurückzuführen, daß die letzteren zum größten Teil Gefrierfleisch aßen, während in den Haushaltungen der Lehrer, der Beamten und der kaufmännischen Angestellten zur Vorbereitung frisches Fleisch verbraucht wurde. Auch der Fischverbrauch war bei den Arbeitern am höchsten, dagegen die Ausgaben bei ihnen am niedrigsten. So geht es noch bei einer Reihe von Nahrungs- und Genussmitteln. Interessant ist eine Gegenüberstellung über die Ausgaben und den Verbrauch im Jahre 1926 gegenüber 1907. Folgende Unterschiede zeigen sich zwischen Ausgaben und Verbrauch:

Im Jahre 1926 gegen 1907	Milch		Butter		Käse		Fleisch	
	RM	v. H.	RM	v. H.	RM	v. H.	RM	v. H.
Ausgaben mehr	19,90	4,34	4,34	92,78	26,64		26,64	
Verbrauch weniger	19,85	36,34	26,23	6,47				

Bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln waren die Unterschiede für:

Ausgaben mehr	Brot Getreide		Obst		Zucker		Kaffee usw.	
	RM	v. H.	RM	v. H.	RM	v. H.	RM	v. H.
Ausgaben mehr	16,16	107,53	115,58	64,57	57,64		57,64	
Verbrauch weniger	1,09	9,24	3,15	1,52	16,40			

Diese Zusammenstellungen zeigen, daß die Ausgaben sich bei allen Produkten teilweise nicht unbeträchtlich vermehrt haben. Dagegen ist der Verbrauch mehr oder weniger zurückgegangen. Die Einbuße an Eiweiß, Fett, Kohlenhydrate und Kalorien durch den Minderverbrauch an vollwertigen Nahrungsmitteln mußte bei den Arbeitern und Angestellten ausgeglichen werden durch den Mehrverbrauch an Getreide, Fisch und Kartoffeln. Es bedarf keiner Erläuterung, daß sich hierin eine ganz gewaltige Verschlechterung der Lebenslage zeigt.

Sehr aufschlußreich ist eine Zusammenstellung über die Steigerung der Ausgaben für physiologisch notwendige Lebensbedürfnisse, Pflichtausgaben und für sonstige Lebensbedürfnisse. Die prozentuale Steigerung der Ausgaben 1928 gegen 1907 betrug für die

	physiologisch notwendigen Lebensbedürfnisse	Pflichtausgaben	sonstigen Lebensbedürfnisse
bei den Arbeitern	31,86	315,30	94,43
bei den Angestellten	29,17	242,25	59,72
bei den Lehrern	25,50	148,38	70,19

Diese Tabelle spricht für sich selbst. Unter Pflichtausgaben sind zu verstehen: Steuern und soziale Abgaben. An Steuern mußte der Arbeiter 1928 gegen 1907 643,94 v. H. mehr aufwenden. Die Steigerung der sozialen Abgaben betrug 241,27 v. H. Beide zusammen stiegen um 315,30 v. H. für sonstige Lebensbedürfnisse mußte der Arbeiter 94,43 v. H. mehr ausgeben als 1907. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, einige Worte zu dem Lebenshaltungszug der Statistischen Reichsamts zu

sagen. Dieser geht bekanntlich einseitig von den Verbraucherhältnissen einer minderbemittelten Arbeiterfamilie aus. Das Statistische Reichsamt läßt bekanntlich Steuern und soziale Abgaben außer Betracht. Die Hamburger Untersuchung stellt hierfür die Summe von 301,80 RM als durchschnittliche Ausgabe bei den Arbeitern im Jahre fest. Für sonstige Lebensbedürfnisse hat das Statistische Reichsamt Hamburg 535 RM errechnet. Das sind rund 17 v. H. der Gesamtausgaben. Rechnet man die Ausgaben für sonstige Lebensbedürfnisse und Pflichtausgaben zusammen, so ergeben sich hier 27 v. H. der Gesamtausgaben, die eigentlich unter der Rubrik „Sonstiger Bedarf“ in dem Lebenskostenindex des Statistischen Reichsamts verzeichnet sein müßten. Das ist das Dreifache dessen, welches in Wirklichkeit eingestellt wird. Eine lehrreiche Illustration, wie unbrauchbar die amtliche Berechnung der Lebenshaltungskosten ist.

Will man die soziale Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung untersuchen, dann kann man nicht von einer willkürlich aufgestellten Maßzahl ausgehen. Das tägliche Leben läßt sich nicht vereinbaren. Die arbeitende Klasse ist immer mehr gezwungen, einen weit größeren Teil des Einkommens für Pflichtausgaben (Steuern, soziale Abgaben, Miete, Heizung usw.) anzulegen. Je geringer das Einkommen, je höher der prozentuale Anteil für die Pflichtausgaben. Die am geringsten entlohnten Lohn- und Gehaltsempfänger werden durch die enorme Steigerung der Pflichtausgaben am höchsten betroffen. Für Kulturausgaben bleibt wenig Raum. Deshalb befinden sich die Gewerkschaften durchaus im Recht, wenn sie mit allen Mitteln versuchen, die Einkommensverhältnisse für die niedrig entlohnten Hand- und Kopfarbeiter zu verbessern.

den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung trägt. Als die wichtigsten Punkte des gewerkschaftlichen Wohnungsbauprogramms hebt der Bundesausschuß hervor:

1. Die sofortige reichsgerichtliche Sicherstellung des Hauszinssteueraufkommens für den Wohnungsbau auf mindestens 25 Jahre.
2. Volle Abführung der von den Mietern gezahlten Hauszinssteuer durch den Hausbesitzer an den Staat.
3. Stärkere Zusammenfassung der Wohnungswirtschaft beim Reich, insbesondere Ausstellung eines mehrjährigen Reichswohnungsbauprogramms.
4. Verteilung der Bauausführungen über das ganze Jahr.
5. Restlose Zuführung der bereitgestellten Mittel für den Bau von Wohnungen, die den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen und deren Mieten für die Arbeitnehmerschaft erschwinglich sind.
6. Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieterschutzes.

Die Verhandlung über den Bericht der Kommission über die Schaffung einheitlicher Uebertrittsbestimmungen wurde auf die nächste Sitzung des Bundesausschusses vertagt.

Wahl des Sachausschusses für die Gewerkschaftspresse.

Damit die gemeinsame, von dem Sachausschuß für die Gewerkschaftspresse des ADGB. zu leitende Arbeit der Redaktion ohne Verzug beginnen kann, hat die Bundesvorstand die zur Bundesausschusssitzung anzuwendenden sowie die übrigen in Berlin ansässigen Redakteure zum 27. März zu einer Konferenz zur Wahl des Sachausschusses zusammenberufen. Die Konferenz tagte unter der Leitung des Kollegen Paul Umbreit.

Bei der Wahl des Sachausschusses wurden 39 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden: Panke (Einigkeit, Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter), Dressel (Textilarbeiter-Zeitung), Scheffler (Kohlarbeiter-Zeitung), Seibel (Gewerkschafts-Zeitung) und Nenninger (Keramischer Bund, Fabrikarbeiter-Verband). Der Sachausschuß trat sofort zusammen und wählte Scheffler zum Vorsitzenden, Dressel zum Stellvertreter.

Fünf Jahre Dewog-Arbeit.

Die freigewerkschaftliche Wohnungsfürsorgegesellschaft, die Dewog, Deutsche Wohnungsfürsorge-Gesellschaft A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin, konnte in diesen Tagen auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken.

Die freigewerkschaftliche Angestellten- und Arbeiterbewegung in Deutschland kann mit Freuden feststellen, daß auch dieser jüngste Zweig wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeiterschaft sich durchaus gut und unerwartet rasch entwickelt hat. Aus dem Geschäftsbereich der Dewog geht hervor, daß die Dewog bzw. ihre Tochtergesellschaften, die sie überall an den wichtigsten Stellen im Reich unterhält, seit Bestehen der Organisation rund 15000 Kleinwohnungen für Arbeiter und Angestellte, zumeist in vorbildlichen Großsiedlungen geschaffen haben. Will man jedoch das Gesamtergebnis freigewerkschaftlicher Tätigkeit seit Stabilisierung der Mark erfassen, so muß man auch die Wohnungen berücksichtigen, die von den Genossenschaften erstellt worden sind, die dem neben der Dewog selbständig bestehenden Revisionsverband gemeinnütziger Baugenossenschaften e. V. Dewog Revisionsverband gemeinnütziger Baugenossenschaften umschließt zurzeit rund 200 Genossenschaften, die nach einer kürzlich aufgestellten Statistik rund 29300 Wohnungen erstellt haben.

Im Berichtsjahr hat die Dewog ihr Aktienkapital von 400000 RM auf 1000000 RM erhöht. Die Aktienpakete sind wiederum in erster Linie von den drei großen Spitzenorganisationen, dem ADGB, dem IFA-Bund und dem IAW, übernommen worden. Der Rest wurde von den Gewerkschaftsverbänden aufgebracht.

Um einen gewissen Ueberblick über die Tätigkeit der ersten fünf Jahre freigewerkschaftlicher Bautätigkeit zu geben, hat die „Wohnungs-Wirtschaft“, das Diskussionsorgan der Dewog, ein umfangreiches Sonderheft herausgebracht. Zu den Mitarbeitern gehören u. a.: Reichstaatspräsident Paul Löbe, Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell, ferner der Vorstand der Dewog, Architekt Richard Linneke, der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, sowie der Vorsitzende des IFA-Bundes, Reichstagsabgeordneter Siegfried Kuschäuser.

Sehr bemerkenswert ist, was Reichsarbeitsminister Wissell zu den bisherigen Erfolgen der Dewog zu sagen hat. Nach einigen Sätzen über die neu vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Reichsrichtlinien, die als Leitmotiv für die künftige deutsche Wohnungspolitik gedacht sind, schreibt der Minister:

„Als die aus den freien Gewerkschaften hervorgegangene Organisation der Wohnungskonsumenten laßt und erschließt die Dewog das Baufeld, sie bearbeitet die Prospekte, sorgt für die Finanzierung, leitet die Vergabungen, übernimmt die Bauleitung und verwaltet die geschaffenen Wohnungen zum überwiegenden Teil selbst. Die enge Zusammenarbeit mit den gemeinwirtschaftlichen Organisationen der Volkspflege und der Arbeiterbank ermöglicht eine auch für die breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten tragbare Finanzierung. In vielen Fällen erfolgt die Ausführung der Bauarbeiten durch die Bauhütten, die ebenfalls nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen gebildet sind. Schon in der Vorkriegszeit hat die gemeinwirtschaftliche Tätigkeit in der Baugenossenschaftsbewegung einen breiten Boden gefunden, der in der Nachkriegszeit erheblich an Ausdehnung zugenommen hat.“

Es bedeutet für mich einen grundlegenden Fortschritt, daß nicht mehr bloß ein Zweig der Privatwirtschaft, der in erster Linie von C. Verbänden geleitet ist, sich der Aufgabe der Erstellung von Wohnungen widmet, sondern daß der Gedanke der gemeinwirtschaftlichen Arbeit in selbständigen Unternehmungen auf dem Kleinwohnungsbau einen bestimmenden Einfluß gewonnen hat.“

Das Sonderheft der „Wohnungs-Wirtschaft“ bietet auch mit seinen übrigen Artikeln eine Fülle von Anregungen und bringt außerordentlich interessantes Material über die Erfolge freigewerkschaftlicher Wohnungsfürsorge. Wir können unseren Lesern das Studium dieser Sondernummer dringend raten, zumal auch durch gute Bilder eine Anschauung der modernen, schönen Dewog-Bauten vermittelt wird. (Die Geschäftsstelle der „Wohnungs-Wirtschaft“ befindet sich: Berlin S 14, Ansestr. 6a.)

Auf dem letzten ADGB-Kongress in Hamburg standen die Diskussionen über das Problem der Wirtschaftsdemokratie im Vordergrund der Beratungen und der IFA-Kongress in Hamburg betonte erneut die Wichtigkeit der von der Arbeiterschaft ins Leben gerufenen Eigenbetriebe. Ebenso wie die Arbeiterbank, die zu einem wichtigen Faktor unserer Gewerkschaftsbewegung geworden ist, verdient auch die Dewog die größte Beachtung und Förderung der Gewerkschaften. Ihre Arbeit hat nicht nur großen volkswirtschaftlichen Wert, weil sie zur Überwindung einer ungeheuren Wohnungsnot, die besonders stark auf Arbeiter und Angestellte lastet, beiträgt, sondern weil sie auch ein Gradmesser für die praktische Verwirklichung gemeinwirtschaftlicher Ziele auf einem Teilgebiet, dem Bau- und Wohnungsweien, darstellt.

Zweite Ausschusssitzung des A. D. G. B.

Nachmittagsitzung 27. März 1929.

Leipart leitete die Aussprache ein.

In der Diskussion wurde dargelegt, bei aller Anerkennung einer positiven Haltung der Gewerkschaften zum Staat dürfe nicht übersehen werden, daß in der gegenwärtigen Verfassung des Schlichtungswesens die Gefahr enthalten sei, daß die jeweils in der Regierung herrschende politische Tendenz in der Lohnpolitik Geltung bekommen kann. Die staatlichen Schlichtungsbehörden sollten in ihrer Bedeutung eingeschränkt werden durch das tarifliche Schiedswesen, das den Gewerkschaften einen Einfluß auf die Wahl der Vorsitzenden der Schiedsamter gibt, während im gegenseitigen Schlichtungsverfahren diese Persönlichkeiten unabänderlich gegeben sind. Je größer jedoch der Einfluß der Schlichtungsbehörden auf die Lohnbildung ist, um so wichtiger sei es, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung im Staat weigern. Solange der Einfluß der Arbeiterbewegung im Staat unzulänglich ist, sei das Mißtrauen gegen die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden begründet. Die Überwindung bestehender Verträge durch Eingriffe der Schlichtungsbehörden müsse abgelehnt werden. Zur Entscheidung stehe die Frage, ob die Regelung der Löhne eine Angelegenheit des Staates ist, bei der die Organisationen Hilfe zu leisten haben — oder umgekehrt. Es müsse im Prinzip dabei bleiben, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen ebenso wie die Durchführung der Tarifverträge Aufgabe der Organisationen ist. Der Staat könne hierbei nur Hilfe leisten. Ein weitgehendes Schlichtungsrecht sei jedoch noch keine Einschränkung der Streikfreiheit der Gewerkschaften. Kein Staat würde es sich gefallen lassen, daß sich die Wirtschaftskämpfe hemmungslos ausbreiten. In bestimmten wichtigen Industrien, in denen die Bereitschaft der Unternehmer zum Abschluß von Tarifverträgen äußerst gering ist, müßte ohne ein weitgehendes Schlichtungsrecht die Arbeitskämpfe gewissten Umfangs annehmen. Namentlich in einer in wachsendem Maße gebundenen, vom Staat stark beeinflussten Wirtschaft werde der Staat auch Einfluß nehmen müssen auf die Regelung der Arbeitsbedingungen.

Das Ergebnis der Diskussion wurde in folgendem, vom Bundesausschuß einstimmig gefaßten Beschluß zusammengefaßt:

Der Bundesausschuß hält an der Auffassung fest, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Abschluß von Tarifverträgen Aufgabe der Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ist, während dem Staat nur die Aufgabe zufällt, den beiderseitigen Organisationen im Bedarfsfalle hierbei Hilfe zu leisten. Die umgekehrte Verteilung dieser Aufgabe lehnen die Gewerkschaften ab. Die freien Tarifvereinbarungen der Parteien werden von den Gewerkschaften jedem Zwangsschiedspruch entschieden vorgezogen. Je mehr die Unternehmer sich bereitfinden lassen, in freier Vereinbarung annehmbare Tarifverträge abzuschließen und das freie tarifliche Schlichtungswesen loyal zu fördern, um so seltener wird der Staat gezwungen sein, mit seiner Hilfeleistung in die Arbeitskämpfe einzugreifen.

Danach berichtet Masche, der Jugendsekretär des ADGB, über die

Einrichtung und Bewirtschaftung von Ferienheimen.

An der Diskussion beteiligten sich Gäß (Litographen), Scheffler (Eisenbahner), Thiemia (Fabrikarbeiter), Müntner (Gemeinde- und Staatsarbeiter), Arndt (Bezirkssekretär). Der Ausschuß war der Meinung, daß die Frage der Ferienheimen nicht einzelnverbaulich geregelt werden solle.

Zur Frage der

Erwerbsarbeit verheirateter Frauen

hatte der Bundesvorstand eine Entschließung vorgelegt, die von Gertraud Hanna (Frauensekretariat beim Bundesvorstand) begründet wurde. Der Antrag zum Kampf gegen die verheiratete Frau ist wiederum die Arbeitslosigkeit. Es wird also versucht, Arbeitsplätze frei zu machen zugunsten solcher, die unbedingt auf Arbeitsverdienst angewiesen sind. Dabei wird oftmals die verheiratete Frau entlassen. Es ist aber ungerade, eine derartige Regelung zur Regel zu erheben. Man darf bei dem Versuch, die Arbeitslosigkeit Herr zu werden, nicht nur eine Beschränkung der Zahl beschäftigter verheirateter Frauen vornehmen. Sie sind vielfach auf Arbeit angewiesen. Sie arbeiten aus Not. Es ist keineswegs so, daß die Mehrzahl der verheirateten Frauen unter allen Umständen Erwerbsarbeit leisten will. Im Gegenteil, gegen ihren Willen wird ihre Zahl immer größer. Die Frage ist natürlich, ob der heute sehr hohe Löhnlöhngesetz unter normalen Verhältnissen gleich hoch bleiben wird. Ein großer Teil der Frauen wird allerdings in der Erwerbsarbeit bleiben. Aus dem Drama nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit, aus schwierigen Lebensumständen, aber vorwiegend eben doch aus wirtschaftlicher Not. Ein Verbot der Arbeit verheirateter Frauen in der Fabrik würde die Frauen in die Erwerbsarbeit drängen. Im übrigen kann die Wirtschaft die Frauen nicht entbehren. 27 Millionen verheiratete Frauen sind erwerbstätig. Es müßte daher wenn ein Verbot zur Durchführung gelangt, in viele Anstalten zwangsläufig werden, daß die Regelung unüberwindlich werden würde.

Die Gewerkschaften selbst würden durch ein Verbot der Erwerbsarbeit in besondere Schwierigkeiten geraten. Die Verheirateten müßten sich einmal mit dieser wichtigen Frage befassen und für eine sachliche Argumentation auch der unverschiedenen Stellen entgegen. Unsere Stellung ist grundsätzlich im Interesse der Frauen. Die Gewerkschaften werden sich an alle Frauen ohne Unterscheid, die in unverschiedenen wie an die verheirateten. Auch die Sozialdemokratie hat sich in ihrem Programm im strikten Sinne entschieden. Unsere Stellungnahme für normale Zeiten ist also festgelegt.

Die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung zur Erwerbsarbeit der verheirateten Frau wurde ohne Debatte angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Es entspricht gewerkschaftlicher Praxis, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit zu versuchen, die Arbeitsgelegenheiten nach Möglichkeit zu strecken. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften sich bemüht, durch Verzicht ihrer Mitglieder auf eine Anzahl Arbeitsstunden zugunsten arbeitsloser Kollegen zu wirken und durch das Verlangen nach gesetzlicher Beschränkung des Arbeitstages über das normale Maß hinaus größere Arbeitslosigkeit durch Betriebsstilllegungen zu verhindern.

Dieser grundsätzlichen und praktischen Betätigung entspricht auch die Haltung der Gewerkschaften zu den sogenannten Doppelverdienern und zu den Arbeitnehmern, die nicht unbedingt Not leiden, wenn sie kein eigenes Einkommen aus Erwerbsarbeit haben.

Der Vorstand des ADGB vertritt daher den Standpunkt, daß es in Zeiten großer und langandauernder Arbeitslosigkeit sich nicht umgehen läßt, das nach der Verfassung jedermann gewährleistete Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, daß Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, frei gemacht werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhaltes brauchen.

Bei der Anwendung dieses Grundprinzips ist so zu verfahren, daß unbillige Forderungen vermieden werden. Es entspricht nicht der Auffassung des Vorstandes des ADGB, wenn in erster Linie — aber gar ausschließlich — verheiratete Frauen von den Arbeitsplätzen entfernt werden. Ein solches Vorgehen würde gegen Gerechtigkeit und Recht verstoßen und nicht dem beabsichtigten Zwecke dienen.

Die verheirateten Frauen haben, wie jeder andere Staatsbürger, nach der Verfassung und nach dem in der Arbeiterbewegung geltenden Grundsatze der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Recht auf Arbeit. Dieses grundsätzliche Recht darf besonders von den Mitgliedern der Gewerkschaften nicht angetastet werden. Machen außerordentliche Notlagen außerordentliche Mittel zur Abwehr notwendig, so müssen diese sich im Rahmen solcher grundsätzlicher Anwendung für beide Geschlechter halten.

Der Bundesausschuß nahm außerdem ohne Debatte die beiden folgenden Entschließungen einstimmig an:

Zum Arbeitsschutzgesetz.

Der Bundesausschuß nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die endgültige Fassung des dem Reichstag vorgelegten Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes in keiner Weise die Kritik brüderlich hat, die der 1926 vorgelegte Entwurf auf Seiten der Gewerkschaften hervorgerufen hat.

Gerade in bezug auf die Arbeitszeitregelung sind sowohl im Personenkreis durch weitere Herausnahme einzelner Gruppen aus der Regelung, wie auch in bezug auf die ungelassene Dauer der Arbeitszeit selbst sogar weitere Verschärfungen zu verzeichnen. Die Bestimmungen, wonach für Betriebe mit in der Regel nicht mehr als fünf Arbeitnehmern abweichende Regelungen getroffen werden können, steht in freiem Widerspruch zum Maschinenarbeitsabkommen. Der Verzicht auf die Festlegung der 48-Stunden-Woche, der eine zusätzliche Sonntagsarbeit ermöglicht, muß unter allen Umständen als ein unerträglicher Rückschritt bezeichnet werden. Die zahlreichen Ausnahmen vom Achtstundentage für Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, für Arbeitsbereitschaft und Mehrarbeit, machen die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages bedeutungslos.

Unbefriedigend bleibt der Entwurf auch in bezug auf den Schutz der Jugendlichen und Frauen.

Die Bestimmungen über den Betriebsgefahrenschutz haben ebenfalls den grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaften nur zu geringem Teil Rechnung getragen. Insbesondere ist aber bei der Organisation der Arbeitsaufsicht die Forderung der Betriebsräte und Vereinheitlichung nicht erfüllt worden. Der Entwurf bleibt hier in wesentlichen Punkten, in dem er die Einheit der Länder und damit die Zentralisierung auf dem Gebiet der Arbeitsaufsicht bestehen läßt.

Demgegenüber verweist der Bundesausschuß erneut auf die in der Entschließung des 13. Gewerkschaftskongresses in Danzig festgelegten Forderungen der Gewerkschaften zur gleichmäßigen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht und erwartet vom Reichstag, daß er bei der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes diesen Forderungen Rechnung tragen wird.

Zur Wohnungsfrage.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag Richtlinien für das Wohnungsweien zur Stellungnahme angeleitet. Die Anhänger der freien Wirtschaft, insbesondere die Haus- und Grundbesitzer sowie das Baupetulantentum, laufen gegen die darin enthaltenen Grundzüge Sturm.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes steht im Geiste der Auffassung dieser Kreise in den Richtlinien brauchbar. In der Auffassung dieser wichtigen Wohnungsfrage. Die Reichsregierung hat sich mit diesen Vorlägen den Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände vom November 1925 und Januar 1928 merklich genähert. Trotzdem bleibt der Regierungsentwurf hinter den von den Gewerkschaften aufgestellten Grundsatzen noch wesentlich zurück. Der Bundesausschuß erwartet deshalb vom Reichstag, daß dieser bei der Durchberatung der Richtlinien

Glasmacher und ihre Wirken.

Es war nicht leicht, zünftiger Glasmacher zu werden. Noch 1880 mußte der Glasmacherlehrling eine jährige Lehrzeit durchmachen. In der Glashütte, in der der Vater als Flaschenmacher arbeitete, vielleicht auch das Flaschenmachen dort gelernt hat, erlernte auch der Sohn in den allermeisten Fällen die Kunst des Flaschenmachens. Landbau und Landbau war unter den Berufszweigen die Meinung verbreitet, daß die Glasmacherpeise nie durch die Maschine verdrängt werden könnte. Wie alle anderen Handwerke, so sollte auch das Handwerk des Glasmachers goldenen Boden haben.

Etwas mehr als 4500 Arbeiterinnen und Arbeiter werden in den Glashütten des Bezirks Hannover beschäftigt. Oben auf dem Solling wurde noch vor einigen Jahren Tafelglas hergestellt. Die Tafelglasfabrikation ist dort eingestellt. Heute betreibt auf dem Solling der Glasmacher sein Handwerk. In Nienburg, Porta, Minden, Silbesheim, Bradwede und Stadthagen werden Flaschen aller Art und Demohaus hergestellt. Von Freben aus wird Deutschland mit Uhrgläsern versorgt. Seitdem man dort die Spiegelglasfabrikation eingestellt hat, ist man mit der Herstellung von Opalglas beschäftigt. Parfümerieflaschen und viele andere Dinge aus Glas werden in Sifhorn fabriziert. Dörentrup in Lippe liefert der heimischen Glasindustrie Sand für alle Glasarten als Rohmaterial, das Weiserbergland den Kalkstein.

Zur Herstellung von Glas wird als Rohmaterial kiesel-säurehaltiger Sand, Quarz, Soda, Kalk und Pottasche verwendet. Demnach beruht die Glasfabrikation auf einer Zusammensetzung dieser Stoffe. Die Zusammenlegung des Rohmaterials richtet sich danach, was für eine Qualität von Glas hergestellt werden soll, und zu welchem Zweck das fertige Produkt verwendet wird. Soll das Glas eine bestimmte Farbe haben, so wird dem Gemenge das entsprechende Färbungsmittel beigegeben. Das Rohmaterial wird gereinigt und gemahlen. Es erfolgt kein beliebiges Zusammenmischen der Rohmaterialien, sondern das Rohmaterial, was zu einem Glasfuß gebraucht wird, wird genau abgewogen. Das Zusammenmischen der verschiedenen Rohmaterialien wird von den Schmelzern besorgt. In den modernen Betrieben von der Mischmaschine. Ist das Gemenge ordnungsmäßig gemischt, dann wandert es in den Glasöfen. Der Glasöfen kann ein Hagenöfen oder Wannenöfen sein. In den großen Glasfabriken, wie in Nienburg, haben wir Wannenöfen. Bei dem Schmelzprozeß wird eine hohe Temperatur im Ofen erzeugt: 1000 bis 1200 Grad Hitze. Ist der Schmelzprozeß beendet, dann beginnt die Arbeit des Glasbläfers.

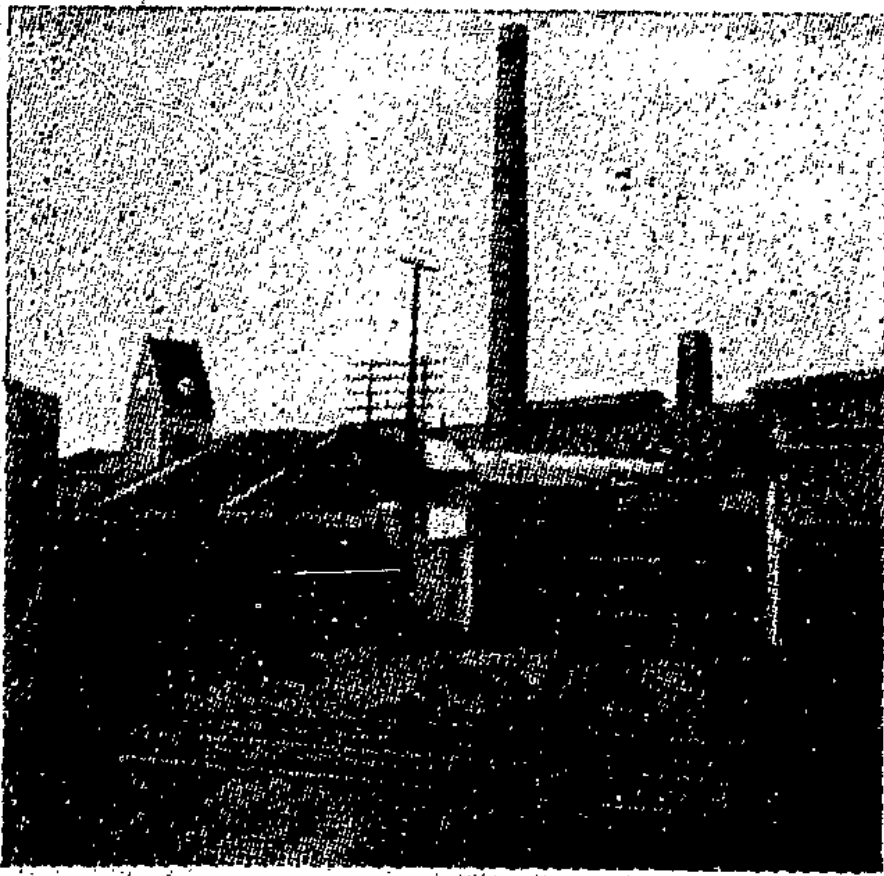
In der glühenden Hitze am Glasöfen hat der Flaschenmacher seinen Arbeitsplatz. Mit seiner Glasmacherpeise holt er oder sein Gehilfe aus der Wanne soviel von dem glühenden Glasbrei heraus, wie er zur Herstellung einer Flasche gebraucht. Die am Ende der Peise hängende Glasmasse wird durch Einspannen in einen Eisenfuß gleichmäßig verteilt. Ist das geschehen, dann bläst der Flaschenmacher mit der ganzen Kraft seiner Lunge in die Peise hinein. Durch das Hin- und Herbewegen gibt er der Flasche die gewünschte Form. Die fertige Flasche kommt dann in den sogenannten Kühlofen. Langsam erfolgt die Abkühlung der Flasche. Bei der Arbeit muß jeder Handgriff sitzen; denn der Flaschenmacher arbeitet im Afford. Er muß jede Woche viele Hüttenhundert Flaschen herstellen. Bei der Berrichtung seiner Arbeit wird weder Hemd noch Hose trocken. 50 bis 60 Grad Hitze sind an seinem Arbeitsplatz. Im Sommer wird dieser Platz zur Hölle.

Aber auch dieser einst angesehene Beruf des Glasmachers lebt nur noch im Schatten der Maschine. Der eiserne Kollege des Flaschenmachers, die Flaschenblasmaschine, stellt an einem einzigen Tage viel mehr Hüttenhundert her als der Flaschenmacher in einer Woche: 36 Flaschen in 21 Minuten, in jeder Stunde also 2160 Stück, in 24 Stunden 52000 Flaschen. Das ist die Leistung der Maschine. Zu ihrer Bedienung sind nur 5-6 Arbeiter erforderlich. Der eiserne Kollege wiegt 650 Zentner. Schon mehrere Jahre wird in Nienburg mit dieser Maschine gearbeitet. Die Maschine hat in der Flaschenindustrie den Flaschenmacher stark zurückgedrängt. 1908 waren im Gebiet Hannover noch 3500 Flaschenmacher beschäftigt, zurzeit nur noch 1400 und 100 Lehrlinge. Auf den Einfluß der Maschine ist es auch zurückzuführen, daß die Glashütten in Schildhorn, Osterwald, Sainholz, Steinkrug, Mänder am Deister und Neuhans im Solling stillgelegt wurden.

Die Glasmacher müssen fast ständig in die weißglühende Masse des Glases hineinschauen. Der glühende Brei verzehrt die Sehkraft ihres Auges und schließlich kommt die Zeit, wo die leuchtende Blut das Augenlicht des Glasmachers vollständig getrübt hat. Sie hat es ausgezehrt. Linsenentzündungen und Linsenentrübungen treten ein. Das ist die typische Glasmacherkrankheit: der graue Star. Infolge der großen Hitze an seinem Arbeitsplatz — denn diese schwankt fast immer zwischen 50 bis 60 Grad — sind Kopfschmerzen und Schwindelanfälle an der Tagesordnung, gleichzeitig auch die Lungenkrankheiten infolge der Erstickungen. Da die Arbeiter bei der Glasfabrikation viel trinken müssen, so haben sie dauernd mit Verdauungsschwierigkeiten zu

tun. Die Glasmacher sind großen Staubgefahren ausgesetzt. Der scharfkantige Glasstaub zerflört allmählich die inneren Organe. Aber auch alle anderen Arbeiter in der Glasindustrie haben unter denselben Verhältnissen zu leiden. Nach einer Feststellung von Gerbis waren von 111 Todesfällen von Glasarbeitern bei 44 die Todesursache die Tuberkulose. Die sanitären Einrichtungen der Glashütten unseres Bezirkes lassen viel zu wünschen übrig. Viele Krankheiten könnten verhindert werden, wenn manches besser geordnet wäre.

Das Berufsschicksal hat viele Glasarbeiter mit den verschiedensten Hütten im ganzen Lande bekannt gemacht. Die Lohn- und die Arbeitsbedingungen lernten sie überall kennen. Früher als in anderen Berufsgruppen kam es in der Glasindustrie zur Gründung der Gewerkschaft. In ihrem Kampfe um die



Stärkelegte Glashütte in Hainholz.

Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben sie viele Erfolge aufzuweisen. Die Glasindustriellen versuchten mit allen Kräften, die Einrichtungen der Arbeiterbewegung zu zerstören. An der Spitze dieses Zerstörungswerkes stand mit die Firma Hege, in Nienburg a. d. Weiser. Sie machte alle Arbeiter brotlos, die sich an dem Aufbau der Arbeiterbewegung beteiligten. Entdeckte sie einen solchen Sünder, so wurde er der Vereinigung deutscher Flaschenfabrikanten gemeldet. Hier bringen wir ein solches Schriftstück aus längst vergangener Zeit.

Mitteilung von H. Hege, Glasfabrik Nienburg a. d. W., den 9. Okt. 1890 Telegramm-Adresse: Glasfabrik Nienburgweiser.

An die Mitglieder der Vereinigung deutscher Flaschenfabrikanten.

Dem Glasmacher Carl Schlesier habe ich heute gekündigt. Derselbe sammelt Abonnements für das seit 1. Oktober in Hannover erscheinende sozialdemokratische Blatt „Volkswille“.

Ulltengesellschaft der Werreheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Hege.

Um die Jahrhundertwende verlangten die Arbeiter der Hagen Glashütten in Schauenstein die Gleichstellung ihres Lohnes mit dem des Schwesterbetriebes in Nienburg. Das lehnte die Firma ab, und es kam in Schauenstein und Nienburg zum Streik. Dieser Kampf dauerte mehrere Monate. Um ihre Berufskollegen im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen, traten auch gleichzeitig in den Streik die Flaschenmacher in Hainholz, Minden, Bradwede, Hörtel, Oberkirchen, Porta, Rinteln und Stadthagen. Der Kampf wurde aber ohne Erfolg beendet. Der Glasfabrik Hege wollte die Macht der Arbeiter brechen. Das ist ihm aber nicht gelungen. Die Organisation der Arbeiter in der Glasindustrie ist stärker geworden. Heute gehört diese Kampfprobe Gruppe mit zum Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und bildet mit den Porzellanarbeitern sowie den schon bisher zum Fabrikarbeiterverband gehörenden keramischen Gruppen die Abteilung Keramischer Bund.

Mit unserem Handwerk geht es zu Ende. Wir Flaschenmacher leben heute, wie auch andere Berufsarbeiter, im Schatten der Maschine. Die Zeit des Flaschenmachers Louis Kausfeld, der in der „Glashütte zum Steinkrug“ 55 Jahre Flaschen — nicht als Flaschen — machte, ist vorüber. Wir machen Flaschen bei 50 bis 60 Grad Hitze — Immer ein Hüttenhundert nach dem anderen — bis der glühende Glasbrei

die Sehkraft unseres Auges aufgefressen hat. Schaffen müssen wir Tag und Nacht. Unser Verdienst in der Hölle am Glasöfen ist 40-42 RM bei 48stündiger Arbeitszeit. Wir arbeiten im Afford, ein Hüttenhundert nach dem anderen, bis die Zunge nicht mehr kann. Geht es uns Flaschenmachern schlecht? B. Scheinhardt

Abschluß der Lohnbewegung von Weiden, Torgau und Kunzendorf.

In der letzten Nummer des „Keramischen Bundes“ haben wir bereits bekanntgegeben, daß infolge der abgeschlossenen Parteiverhandlungen im Lohnstreit für die drei obengenannten mechanischen Fensterglasbetriebe eine Schlichterkammer zur weiteren Entscheidung von beiden Parteien angerufen worden ist. Die Schlichterkammer, die am 5. April in Nürnberg zusammentrat, konnte ebenfalls eine Einigung der Parteien nicht herbeiführen. Mit aller Entschiedenheit lehnten die Arbeiter im Hinblick auf die noch fehlende Bautätigkeit und auf die außerordentlich scharfe Konkurrenz des Auslandes jede Lohnherabsetzung ab. Lange volkswirtschaftliche Debatten über die Auswirkungen hoher Löhne in der Wirtschaft wurden gepflogen; jedoch der Standpunkt der Arbeitnehmervertreter in dieser Frage nicht anerkannt. Selbst von den wirtschaftlichen Räten der Arbeitnehmer in den mechanischen Fensterglasbetrieben wollten sich die Arbeiter nicht überzeugen lassen; vielmehr behaupten sie erneut, daß die Lohngestaltung in der mechanischen Fensterglasindustrie so sei, daß sie jeder Kritik standhalte und ein Auskommen für die Arbeitnehmer gewährleiste. Der unparteiische Vorsitzende, der stellvertretende Landesgeschäftlicher Böhm von Bayern, gab sich große Mühe, die Parteien noch in letzter Stunde zusammenzuführen. Leider scheiterte dies an dem hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber.

Die Schlichterkammer hat nach stundenlangen Beratungen den durch Mundschreiben bekanntgegebenen einstimmigen Schiedsspruch gefällt. Es ist durchaus verständlich, daß mit dem vorliegenden Ergebnis volle Befriedigung in den Betrieben nicht ausbleibt wird. Unter Beurteilung der eingenommenen Haltung der Arbeitgeber zur Lohnfrage darf aber festgestellt werden, daß die Bewegung mit einem beachtlichen Erfolg für uns abschloß. Die Stundenlohnzulagen liegen durchaus in der Mitte der Lohnzustände in anderen vergleichbaren Industriezweigen. Die Herabsetzung der Altersstaffeln für Weiden und Torgau bedeutet außerdem für die in Frage kommenden Arbeitnehmer einen weiteren Erfolg.

Da ferner bei Affordarbeitern die gleiche prozentuale Lohnzulage gewährt werden muß, werden alle in der mechanischen Fensterglasindustrie beschäftigten Arbeitnehmer Lohn-erhöhungen erhalten. Durch weiteren Ausbau der Organisation in den Betrieben wird es möglich sein, auch in kommender Zeit die Bewegungen im Interesse unserer Kollegenschaft künftig zu erledigen.

Konstein.

Wir sehen uns veranlaßt, in nachstehenden Zeilen einmal die traurigen Verhältnisse, die zurzeit im Konsteiner Betriebe herrschen, an die Öffentlichkeit bringen zu lassen. Daß die Lohnverhältnisse bei der Bay. Glashütten-A.-G. in Konstein nicht die besten waren, dürfte jedem Kollegen zur Genüge bekannt sein. Da nun zum Jahresabschluss ein Wechsel in der Direktion stattfand, glaubte nun jeder, es würde besser werden. Aber die Arbeiterschaft wurde leider schwer enttäuscht. Ein gewisser Herr Michl glaubt sich da besonders hervortun zu können, da ihm nun einmal mehr Macht gegeben ist. Alles, was nicht erstklassig hergestellt ist, fliegt in den Scherbenkasten. Ganze Berge von Scherben türmen sich auf. Es ist wirklich traurig, wenn man die Kollegen am Freitag bei der Abrechnung, die alle 14 Tage vorgenommen wird, mit 12 bis 14 RM nach Hause gehen sieht, darunter sind Glasmacher mit 30 bis 40 Jahren Tätigkeit und nicht die schlechtesten. Die Firma will eben nur mehr hochqualifiziertes Glas herstellen. Das, dies aber bei den heutigen Sortenpreisen unmöglich ist, wird sie eben nicht begreifen wollen. Die Verkaufspreise werden schon danach eingestellt sein. Dazu aber noch das schönste. Die Firma erlaubt sich, ohne den Betriebsrat Strafen von diesen „Riesenschlüssen“ abzuziehen. Der Betriebsrat möchten wir raten, sich den § 80 Absatz II des WRG. etwas näher anzusehen. Den übrigen Kollegen aber rufen wir zu, sich durch das Vorgehen der Firma nicht ins Bockshorn jagen zu lassen, sondern eifrig zu werden und zu arbeiten für die Organisation, für den Zusammenschluß der getrennten Arbeitererschaft. Nur eine geschlossene Organisation, ein geschlossenes Handeln führt zum Ziel. Sollte dieser Hinweis nicht genügen und die Firma zur Einsicht bringen, daß wir unseren Forderungen haben müssen, um unserm ausgemergelten Körper die nötige Nahrung zuführen zu können, dann muß sich die Arbeiterschaft geschlossen zur Wehr setzen. Nur durch volle Auffrischung der Arbeitskraft ist uns die Möglichkeit gegeben, der Firma gute Arbeit zu leisten.

Kommatsch.

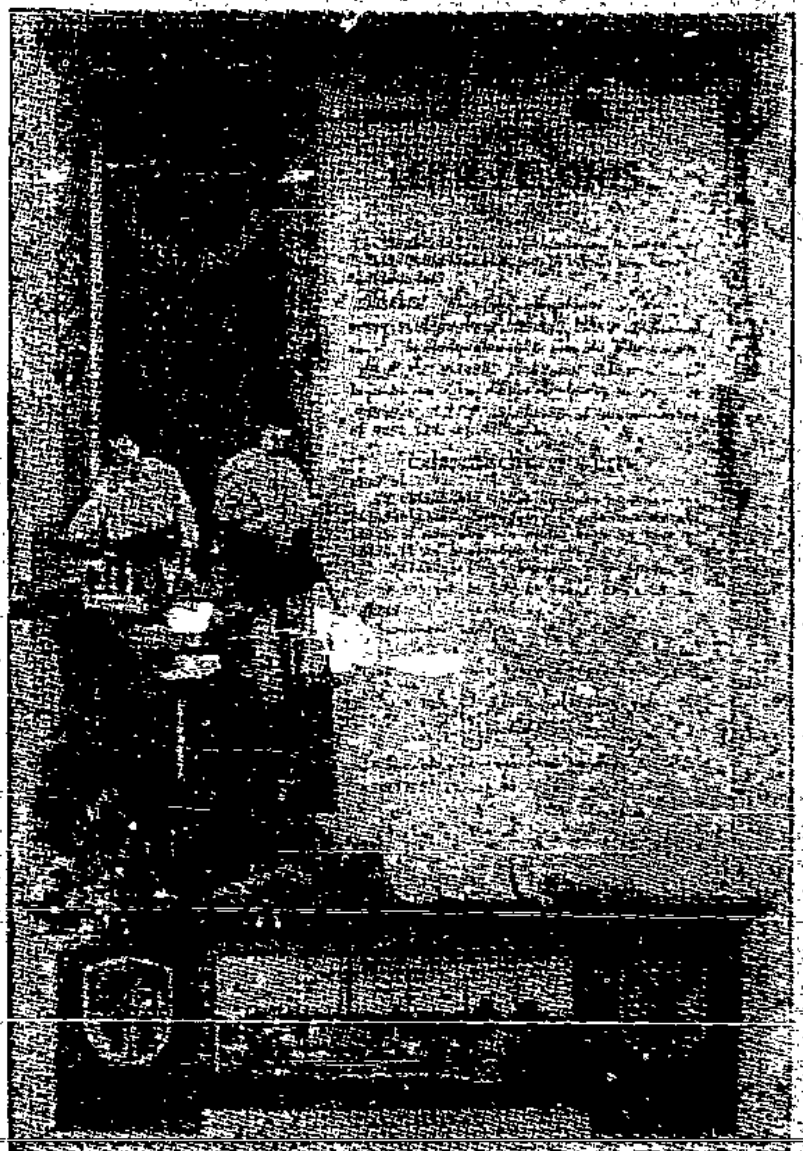
Wir eruchen die Kollegen der Tafelglasbranche, der Glasfabrik Konitzhütte G. m. b. H. in Kommatsch keine Stellungangebote zuzusenden. Die Stellen sind alle besetzt und Nacharbeiter in großer Anzahl am Plage vorhanden. Einstellungen dürfen nur durch den Arbeitsnachweis erfolgen. Auskünfte über den Betrieb gibt der Kollege Julius Stebban, Kommatsch, Döbener Straße 44.

Tuberkulose als Berufskrankheit.

In einer der vorhergehenden Nummern des „Keramischen Bundes“ war bereits einmal zu dieser Frage Stellung genommen worden. Inzwischen wurden weitere Ermittlungen angestellt, deshalb können wir über diese Geißel der Arbeiterschaft weitere Mitteilungen machen. Bei den damaligen Feststellungen war in Prozenten angegeben, wieviel Porzellanarbeiter von dieser Krankheit befallen waren. Die seinerzeitigen Befürchtungen, daß diese Zahlen noch als äußerst niedrig bezeichnet werden können, haben sich als wahr erwiesen. In dem Bereich der Zahlstelle Sonneberg, die den Bezirk Sonneberg und Coburg umfaßt, wurden 606 offene Tuberkulosefälle festgestellt. Nach Mitteilungen der Lungenfürsorgestellen ist diese Zahl noch als zu niedrig zu betrachten, da eine eigenartige Untersuchung zur Feststellung der Zahl erst im Gange ist. In Prozenten ausgedrückt bedeutet es für den Bezirk Sonneberg 42,1 Proz. auf 10 000, für den Bezirk Coburg 36 Proz. Im erstgenannten Bezirk wird im neuen Jahre mit über 50 Proz. gerechnet und somit der Höchststand in ganz Thüringen erreicht. Diese Zahlen sprechen für sich. Todesfälle hatten wir im Kreis Sonneberg 68 = 8,5 Proz. auf 10 000 Einwohner, im Bezirk Coburg 68 = 9,1 Proz. Interessant sind die Feststellungen über die Schlafmangelzeit der Tuberkulösen und Kranken. Im Kreis Sonneberg wurde festgestellt, daß 30 kein Bett allein hatten, im Bezirk Coburg 40 Tuberkulose. Kein Schlafzimmer allein hatten im Bezirk Sonneberg 187, im Bezirk Coburg 161 Kranke. Mit mehreren Personen zusammen schliefen in einem Zimmer im Kreis Sonneberg 148, im Bezirk Coburg 89 Kranke. Daß bei einem derartigen Stand der Wohnungsnot an einer Bekämpfung dieser Krankheit nicht so gearbeitet werden kann wie es notwendig wäre, beweist ja, daß man in diesem Jahre mit weitläufigeren Fällen rechnen als man sich vorstellt. In dem Porzellanort Nauentstein (2000 Einwohner) wurden allein 20 offene Tuberkulosefälle festgestellt. Es wurden im Jahre 1927 für Tuberkulose und Keblstoffsranke 1043 Heilverfahren durchgeführt, 115 wurden abgelehnt und 477 anderweit erkrankt. Dieses ist bestimmt ein ansehnlicher Prozentsatz. Wenn wir uns die an-

gegebenen Zahlen über den Stand der offenen Tuberkulose im Kreis Sonneberg betrachten, dann können wir feststellen, daß sie nicht weniger geworden sind, sondern daß sie sich vermehrt haben. Im Jahre 1920/21 waren es 154, während es im Jahre 1927/28 336 gewesen sind, demnach hat sich die Zahl verdoppelt. Wenn wir von der Kreisfürsorge hören müssen, daß die Zahl noch niedrig geschätzt ist, daß sie sich im Laufe des Jahres noch bedeutend steigern wird, so gilt es, hier alle Debel in Wegnahme zu sehen, um diese Volkspein zu bekämpfen. Die Kollegen und Kolleginnen in der Porzellanindustrie sollten dafür sorgen, daß in den Betrieben scharfe Maßnahmen gegen die Tuberkulose ergriffen werden. Staubsaugapparate sind in die Betriebe einzubauen, auf große Reinlichkeit, die in sehr vielen Betrieben noch viel zu wünschen übrig läßt, ist streng zu achten, damit die Krankheitsherde beschränkt werden können. Die Gewerbeaufsicht, die eigentlich dazu bestimmt ist, die Betriebe dahingehend zu kontrollieren, läßt viel zu wünschen übrig. Es ist nicht zu verstehen, daß gerade in einem Industriebezirk wie Sonneberg keine männliche Kraft für die Gewerbeaufsicht vorhanden ist, die sehr notwendig am Plage wäre. Die gesamte Gewerbeaufsichtsbehörde liegt in Weimern, in einem Bezirk, der an und für sich von Industrie nicht so sehr durchsetzt ist und mit diesen Gefahren für die Einwohnerschaft nicht so zu rechnen hat wie in einem außerordentlich dicht besiedelten Bezirk, wie es im Kreis Sonneberg der Fall ist.

Die Lungenheilstätten sind an und für sich schon Einrichtungen, sind aber als letzte Station für die Kollegen und Kolleginnen zu betrachten, denn wer dort landet, der ist auch gewöhnlich so weit, daß er nichts mehr arbeiten kann und daß für ihn das Leben als abgeschlossen gilt. Viel besser wäre es, wenn durch Vorbeugungsmaßnahmen die Krankheit nicht erst ruß lassen könnte, dazu gehört vor allen Dingen eine einigermaßen angemessene Ernährung und eine dementsprechende Wohnung. Wer einmal die Wohnungsnotlage im Bezirk in Augenmerk genommen hat, der weiß, daß es sehr traurig darum bestellt ist und es ist Aufgabe des Staates und der Kommunen,



taftkräftig eingreifen und den Wohnungsneubau zu fördern. Mit dem Bau von Holzbaracken lassen sich die Krankheitsherde nicht eindämmen, im Gegenteil, sie werden nur gefördert. Die bis jetzt angeführten Zahlen sind immer nur für die offenen Tuberkulosefälle maßgebend. Nicht mit angerechnet und statistisch erfasst sind die Fälle, bei denen die Verkapselfungen bereits eingetreten sind oder die sich in Staub- und Auswurf sowie die Schlot- und Tuberkulose. Nicht trag und erschreckend sind auch die Zahlen, die für Kinder angegeben worden sind. So heißt es, Tuberkulose-Angefackte gibt es im Kreis Sonneberg 694, im Kreis Coburg 333. Im Kreis Coburg tritt noch die unheimliche Zahl von 860 Bronchialbrüsten in Erscheinung. Letztere sind außerordentlich dazu geeignet, der Schlot- und Tuberkulose die Wege freizumachen. Diese weit über 1000 angefackelten Kinder bedeuten natürlich eine riesige Gefahr für die übrigen Mitmenschen. Besonders trag treten die Sterbefälle durch Tuberkulose gegenüber den anderen gewöhnlichen Sterbefällen in Erscheinung. Im Bezirk Sonneberg sind von 888 Sterbefällen 109 durch Tuberkulose = 12,2 Proz., im Bezirk Coburg bei 489 gewöhnlichen Sterbefällen nur 29 durch Tuberkulose herbeigeführt. Letztere Zahl ist wohl mit sehr großer Vorsicht aufzunehmen.

Aus all den angeführten Zahlen ist zu ersehen, daß nur durch allerhöchste Bekämpfung der Tuberkuloseherde diese Gefahr eingedämmt werden kann. Es wurde in den letzten Jahren immer wieder davon geschrieben und geredet, daß die Geschlechtskrankheiten so ungeheuer in unserem Volk verbreitet wären, es mag dies vielleicht zutreffen auf die oberen Schichten, bei den Arbeitern sind sie fast unbekannt. Der Prozentfuß dieser Krankheit gegenüber der Tuberkulose ist in den Reihen der Arbeiterschaft verschwindend gering. Das wird jedenfalls daran liegen, daß die Arbeiterschaft ein gesünderes Geschlechtsleben führt und Ausschweifungen in dieser Hinsicht nicht kennt.

Interessant ist es aber für die Porzellanarbeiter, einmal aus dem Munde der Fürsorgeärzte zu hören, wie groß die Gefahren für unsere Kollegen und Kolleginnen sind. Der Kreisfürsorgearzt des Landkreises Arnstadt sagt in seinem Jahresbericht, daß er wohl nicht den Eindruck habe, als ob die Tuberkulose bei den Porzellanarbeitern häufiger auftritt oder wenigstens nicht häufiger als wie in anderen Berufen, sagt aber anschließend gleich, daß die Arbeit in der Porzellanfabrik nach einer Reihe von Jahren zu schweren nichttuberkulösen Veränderungen der Lunge führe, die die frühzeitige Inaktivität bedingen und daher besonderer Beachtung wert sind. Er gibt also hier selbst zu, daß die Porzellanarbeiter besonders von Lungenkrankheit und Veränderungen heimgeheftet werden. Wenn sie nicht gerade als offene Tuberkulose auftritt, so werden sie jedenfalls nicht weit davon entfernt sein. Der Fürsorgearzt für den Bezirk Hildburghausen stellt in seinem Jahresbericht fest, daß gerade in den Ertschaften, wo Porzellanindustrie maßgebend ist, der größte Prozentfuß der Kranken vorhanden ist. Er führt an, daß das Dorf Weilsdorf mit seinen 1100 Einwohnern, wo die Arbeiterschaft zum größten Teil in der bekannten Porzellanfabrik Klotter-Weilsdorf arbeitet, 10 Proz. der offenen Tuberkulose des Bezirkes Hildburghausen für sich in Anspruch nehmen kann. Er sagt weiter, daß das Waldgebiet nördlich von Eisfeld fast ein Drittel der Kranken für sich beansprucht und gerade in dieser Gegend befinden sich meistens Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den Porzellanfabriken Eisfeld, Brattendorf, Klotter-Weilsdorf und in den Betrieben von Appelsdorf herum arbeiten. Nach seiner Ansicht können dort die Gründe dazu die Porzellanarbeit sein, die Armut der Waldbewohner (die von den besorgenden horrenden Löhnen der Porzellanherren herrührt) und die engen Wohnungen. Des letztere hängt ganz selbstverständlich wiederum mit den schlechten Verdiensten zusammen, deshalb haben die Arbeiter alle Ursache, mit dafür zu sorgen, daß die Verdienste so gestellt werden, daß sie sich eine anständige Wohnung verschaffen können. Speziell gilt das für die Kollegen und Kolleginnen des Waldes (Schnett, Fehrbach ufm.).

Was nun augenblicklich in unserer Industrie wiederum der Kampf um Lohn geführt wird und die Porzellanarbeiterschaft jegliche Lohnerbhöhung ablehnen, so muß dies der Arbeiterschaft zu denken geben. Die angeführten Gesundheitszahlen dürften die Kollegen und Kolleginnen überzeugen, daß nur ein fester Zusammenhalt ihnen die Möglichkeit bietet, sich dagegen wehren zu können. Darum Kollegen und Kolleginnen fordert dafür, daß in den Betrieben eine straffe Organisation vorhanden ist, damit für die gesundheitsfördernden Maßnahmen einactieren werden kann und die Arbeiter nicht in ständigen schmutzigen Räumen zu arbeiten brauchen, sondern daß ihnen ihre Arbeitsplätze wenigstens für die Stunden, wo sie gezwungen sind, sich dort aufzuhalten, einermöglichen Schutz vor der Tuberkulose bieten. Es muß der Arbeiterschaft dies besonders am Herzen liegen, denn sie ist ja ihr Leben lang gezwungen, an ihren Arbeitsplätzen zu sitzen oder zu stehen, die schlechtesten und als die eines modernen Hochhauses. Wir weisen ferner darauf hin, daß speziell die Brennereikollegen sehr vorsichtig sein müssen, damit ihre Gesundheit nicht so früh untergraben wird beim Austragen der Leien und beim Leiten von unzähligen Leberstücken. Beim Nennansnehmen dürfte es wohl jedem Kollegen klar sein, daß der Hochstuhl der Stube nur zwischen 40 und 50 schwanken darf. Die Kesselkammern, die gemacht worden sind, haben ergeben, daß manchmal die Kollegen bei 90 und auch 100 Grad Hitze in den Hien hineinmüßten. Daß die Gesundheit der Arbeiter darunter schwer leidet, brauchen wir wohl gar nicht weiter zu erwähnen.

Die Betriebsratswahlen liegen nun zum größten Teil hinter uns und es liegt nun an der Arbeiterschaft selber, ihre Betriebsräte in jeder Weise zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß dieselben mit Hilfe der Organisation die in den Betrieben noch vorhandenen Mängel beseitigen und Mängel beseitigen. Wir hoffen, daß wir im nächsten Jahre nicht damit zu rechnen haben, daß die Räder des weißen Todes weiter steigen, sondern daß sie sich senken.

Besprechung im Reichsarbeitsministerium.

Am Montag, dem 8. April, hatte das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu außerordentlichen Besprechungen eingeladen. Ein Hauptgegenstand der Besprechungen sollte die unauflösbare Aufgabe übernommen, zu versuchen, die Parteien bei der Grundfrage des Nürnberger Schiedspruchs zusammenzuführen. Wie es ersehen war, war dieser Versuch völlig gescheitert. Für uns als Arbeiter ist keine Möglichkeit, an solchen oder ähnlichen Schiedsprüchen teilzunehmen. Es ist das ein schlechtes Beispiel, das uns zeigt, daß die Arbeiterschaft nicht nur die Interessen der Arbeiter, sondern auch die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten hat. Die Arbeiterschaft hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten und die Arbeiterschaft zu organisieren. Die Arbeiterschaft hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten und die Arbeiterschaft zu organisieren.

Aber auch die Arbeiterschaft selbst, letztere zu wissen, daß der Nürnberger Spruch über ihre Kräfte geht. Nach wie vor vertreten die Herren des Standes, daß die rassistischen und rassistischen Parteien mit ihren hemmungslos ungenügenden Preiswucherungen den Arbeiter haben müssen für die wackelige Lohnarbeit. Das Verhalten solcher Betriebe darf nicht, d. h. bei den Verhandlungen, nicht geschanden werden. Bei dieser Gelegenheit der Unterredung wurde die Arbeiterschaft sehr überaus ohne Resultat bleiben. Das Reichsarbeitsministerium hat sich daher veranlaßt, den Streit im Einvernehmen beider Parteien an sich zu ziehen. Am 16. d. M. werden zwei Verhandlungen vor einem vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schiedsgericht stattfinden. Beim Erscheinen dieser beiden wird also schon die Arbeiterschaft gezwungen sein, es zu tun, was die Arbeiterschaft in der letzten Verhandlung zu erhalten.

Köppelsdorf.

Nach der Schulentlassung ist wieder ein Teil junger Menschen in den Produktionsprozess eingetreten. Man kann zwar feststellen, daß die Porzellanindustrie nicht mehr den starken Aufschwung hat, wie es in den früheren Jahren der Fall war, aber immerhin ist er noch stark genug, speziell vom weiblichen Geschlecht, so daß hieraus für unsere Kollegen die schwersten Gefahren entstehen. Das ist besonders in den Malereien und Viehereien für Puppenköpfe der Fall. Dort werden die älteren Kollegen entlassen, auch jüngere Familienväter sind dabei, weil man keine Arbeit für sie hat. Malerinnen werden aber trotzdem eingestellt und auch Ostern ist ein großer Teil jüngerer Arbeitskräfte wieder in die Betriebe hineingefommen. Die älteren Malerinnen benutzt man nur zur Fertigstellung der großen Köpfe, die früher nur die Maler machten, während die kleineren Köpfe von den jüngeren Personal hergestellt werden. All diese Maßnahmen ziehen schwere Folgen für unsere Kollegen nach sich. Ein Teil der Kollegen wird eines Tages brotlos werden, weil ihre Frauen und Töchter in den Betrieben ihnen die Arbeit weggenommen haben. Alle Versicherungen, die von den Herren Fabrikanten gemacht werden, können heute nicht mehr ernst genommen werden, das beweisen ja die oben angeführten Tatsachen, daß man erneut immer und immer wieder Malerinnen einstellt, während man die Männer auf die Straße setzt. Man könnte, wenn man wollte, die Männer alle weiter beschäftigen, denn es gibt sehr viele Betriebe, wo nicht nur Vater und Tochter oder Mann und Frau in Arbeit sind, sondern wo auch drei und vier und noch mehr aus einer Familie arbeiten. Gewiß läßt sich die Frau heute aus dem Produktionsprozess nicht mehr hinausdrängen, die moderne Wirtschaft wird das nicht ertragen können. Aber man sollte doch wenigstens Rücksicht darauf nehmen und auch die Behörden sollten ein besonderes Augenmerk darauf richten, daß, wenn Entlassungen vorgenommen werden, dies in dem Rahmen geschieht, wie es auch für die Arbeiter wirtschaftlich erträglich ist. Von den Arbeitgebern wird immer wieder über die sozialen Einrichtungen und Losen gelaunert, wovon sollen aber die entlassenen Familienväter leben, wenn ihnen keinerlei Unterstützung gewährt wird? Es müßte dann zu einer Katastrophe führen und schließlich müßten auch einmal diese Opfer rebellisch werden, wenn sie ihre Lebensbedingungen fristen wollen. Wir wollen einmal noch eine kurze Zeit abwarten und die Vorstände uns betrachten, dann werden wir erneut zu dieser Frage Stellung nehmen und einmal die Betriebe herausnehmen, die sich besonders in solchen Maßnahmen bewähren. Sie werden es dann nicht notwendig haben, die Arbeiter zu verächtigen, sondern diese Angaben usw. werden dann von der Geschäftsleitung gedeckt werden. U p e l u s.

Vordamm.

Wer von den Kollegen im Reich kennt nicht Vordamm, viele haben schon dort gearbeitet, vielen aber sind Kollegen bekannt, die noch dort arbeiten. Wenn nun manch einer schon oft zurückgedacht hat an die Zeiten, die er früher hier verlebte hat, so wird er staunen, wenn er hört, was jetzt für Verhältnisse hier herrschen. Das Sprichwort sagt, Zeiten ändern sich, dieses trifft hier voll und ganz zu. Wer die Firma Steinmühlwerk Vordamm kennt, der weiß auch, daß der Leiter dieser Firma Herr Dr. A. Hartort aus Velden ist, daß er eine große Rolle unter den Steinmühlwerken spielt, wird wohl auch bekannt sein. Vor Jahren leitete der Dr. Hartort das Vordammer Werk, er steuerte aber dann nach Velden über. In Vordamm blieb als Leiter Herr Direktor A. u. u. Es gab manchmal ähnliche Zeiten, aber sie gingen vorüber und ruhige Verhältnisse traten wieder ein. So ging es, bis vor Jahren Dr. A. u. u. nach Vordamm kam. Zuerst schimpfte der Herr über die teuren Verhältnisse und darüber, daß kein Konsum hier wäre, daß es kein Geschäftlich zu laufen gäbe, ja daß die Ostern die Finger zum Kaufmann schickten, sie müßten selber hingehen, damit den Kindern nicht das Schicksal der Eltern werde, also kurzum über alles. Dies war zu Anfang, bald kam der Wind aus einer anderen Richtung, denn der Herr Direktor mußte Laten zeigen. Worin diese bestanden, ist leicht zu erraten, im Nationalisieren.

Kein vernünftig denkender Mensch könnte etwas gegen haben, denn die Technik schreitet vorwärts, die Kollegen aber hatten von den Neueinführungen des Herrn Nachteile. Es gab Kämpfe. Des öfteren mußte der Herr Direktor die Bahn ebenen. Schriftstellerisch betätigt sich der Herr Dr. Kohl auch. Sein Steckbrief ist die Betriebskontrolle. Vor kurzem stand im Vordamm, höchstwahrscheinlich von der Firma, ein Bericht. Der Steinmühlwerker Julius Niebarth hat 40 Jahre immer im Afford bei der Firma gearbeitet. Es wird sogar erwähnt, daß er in seiner Freizeit den Posten als Postwart beim Klubverein treu und brav versieht, er wird beständig gewünscht, wir wünschen dem Kollegen auch Glück, daß er sich seiner Gesundheit noch recht lange erfreuen möge. Wir sind nur gespannt, wie ihm die Firma seine 40. und schließlich 50jährige Arbeitsarbeit lohnen wird. Na die Kollegen in Vordamm haben in der letzten Zeit so manches erlebt, es liegt hinter ihnen und ist verächtlich, aber wie sieht die Zukunft aus? Ab August vorigen Jahres wird beschränkt gearbeitet, auch mußten Rindungen vorgenommen werden. Das genügt nicht, die Firma hat die Stilllegung beantragt. Die Genehmigung zur Stilllegung bekommt ja heute jede Firma, so auch unsere, was sie damit bezwecken will, müssen wir abwarten; denn ein Mangel an Aufträgen liegt unseres Erachtens nicht vor. Den Kollegen am Ort aber rufen wir zu: Haltet fester denn je zur Organisation! Vielleicht soll sie getroffen werden.

Bayreuth.

Die Bayreuther Porzellanfabrik Emil Schlegel, A.-G., in Bayreuth ist nun endlich in Konkurs geraten. Reiß dazu war sie ja schon lange. Die Fabrik wurde im Jahre 1920/21 von dem Porzellanhändler Emil Schlegel aus Berlin in einer früheren Malzfabrik in Bayreuth errichtet. Es kostete allerlei Mühe, die Genehmigung zur Errichtung zu erhalten, weil sie angrenzend an ein Wohn- und Villenort als Rauchplage angesehen wurde. Die Verfürchtung trat auch ein. Die Rauchbelästigung löste den Krampf der Umwohner aus. In der ersten Zeit schon hatte der Betrieb, der recht billige Porzellan erzeugen wollte, mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, weil weder die Besitzer noch die Fabrikleiter Nachleute waren, die mit Arbeitern umgehen konnten und die das Reue in sich hatten, aus einem neuen Unternehmen etwas zu machen. Was dabei zugebittet und auf dumme Weise vertan wurde, sollte durch Schandur an den geringen Papiermarklöhnen der Arbeiterschaft wieder herausgeholt werden. Das konnten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht bieten lassen, deshalb kam es in diesem Betrieb schon 1922 zum Streit, dem später ein zweiter folgen mußte. Tarifkonflikte mit der Firma bestanden fast dauernd. Im Jahre 1923 wurde die Firma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Diese Umänderung half aber auch nicht über die Schwierigkeiten hinweg, weil dem Werk kein bewährter Fachmann vorstand. Nun ist das schon lange vorausbestimmte Ende in der Form des Konkurses gekommen. Eine Anzahl Arbeiter sind die Hauptverdrängenden, weil sie trotz aller Opfer ihre Arbeitsmöglichkeit verlieren.

Moufang klagt beim Arbeitsgericht.

Durch die Presse geht folgende Notiz: Der fristlos entlassene Direktor der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Dr. A. Moufang, hatte beim Arbeitsgericht Klage gegen den Vizepräsidenten, da er seine fristlose Entlassung als unbedeutend bezeichnet. Jetzt hat nun Moufang Antrag auf Auslösung seiner Privatklage gestellt. Er beantragt den Antrag damit, daß er zunächst das Eracnis des inwischen gegen ihn anhängig gemachten Strafverfahrens abwarten will. Bekanntlich hatte der Handelsminister ananas Stellung eines Strafantrages von sich aus abgelehnt, erst im Landtag ist beschlossen worden, gegen Moufang strafrechtlich vorzugehen. In juristischen Kreisen hielt man bisher die Einleitung eines Strafverfahrens für aussichtslos, da die vorliegenden Gründe nicht zur Eröffnung eines Strafverfahrens ausreichen sollten. Durch Moufangs Antrag wird jetzt bekannt, daß inwischen doch das Strafverfahren eröffnet ist. — Die Klage beim Arbeitsgericht bezüglich der fristlosen Entlassung wird vorläufig ausgesetzt.

Oster-freiheitskundgebung und Erbsen mit Speck!

In der „Deutschen Werksgemeinschaft“ Nr. 12 lud der N.V.A. zu einer Oster-freiheitskundgebung und Erbsen mit Speck für den Bezirk Oberhessen an. Genau so wie bei ihrem Bundesstag in Stuttgart, so auch sollte es in Oberhessen sein, nämlich: Erscheinen aller Größen des N.V.A. und damit man nicht ganz leer ausgeht, gibt es Erbsen mit Speck.

Zur Tagung in Oppeln, zu der alle oberhessischen Mitglieder des N.V.A. eingeladen waren, erschienen Bundesvorsitzender Schmidt, Bezirksobmann Straube, Ortsgruppenleiter Schirch, sämtliche Direktoren und sämtliche Anwesende der Zementindustrie Oppeln. Als die Vormittagsveranstaltung vorbei war, sah man unter den Demonstranten folgende Mitglieder aus dem genannten Bezirk: Oberhessen: von der Mendortter Zementfabrik 1 Zementarbeiter, der Großschöwitzer Zementfabrik 4 Zementarbeiter (darunter Aufsicher), der Großschöwitzer Zementfabrik vorm. Schottländer 3 Zementarbeiter (darunter Aufsicher), der Stadt Oppelner Zementfabrik, in der nur Stahlwerke arbeiten, waren nur 26 Zementarbeiter erschienen, einige Kolonnenarbeiter, die zur Deckung der Lücken von der Betriebsleitung des Werkes, in dem sie arbeiten, 3 Mark erhalten haben. Stahlwerke, die den Demonstrationszug noch füllen mußten, einige Bergleute, die als Demonstranten angetrieben waren, Frauen und Kinder und eine Deputation aus Breslau, bestehend aus drei Mann. So zählte dieser Demonstrationszug nicht mehr als 200 Teilnehmer!, von denen keineswegs gesagt werden kann, daß sie treue und aktive Mitglieder des Reichsverbandes vaterländischer Arbeiter sind!

Mit so einer Zahl progt nun der Reichsverband vaterländischer Arbeiter in Oppeln, die in der „Werksgemeinschaft“-Zeitung Nr. 12 bekanntgemacht wurde, was entgegen dem Wunsch der Gewerkschaften äußerlich innerlich wollen sie nun nichts zu tun haben! gesetzt werden soll, wie stark sie sich nicht im Spielzeug, sondern eine Kampforganisation darstellen. — Nachdem wir nun das „äußerliche“ Bild des N.V.A. betrachtet haben und uns ganz besonders den Rahmen der Demonstrationszüge in Augenschein nahmen, der nicht mehr geradeaus gehen kann, weil er seine Arbeiter-Liste bei den „Größen“ der Werksgemeinschaftler angelehnt hat, können wir eben nur zu der Feststellung kommen, daß der Reichsverband vaterländischer Arbeiter ein Spielzeug ist! Ferner muß hier noch festgehalten werden, daß die Arbeiter zu diesen Demonstrationszügen sehr schlecht erlöhnt worden sind! Die Realität, daß die Führer des Reichsverbandes vaterländischer Arbeiter kampferprobte Menschen sind, haben wir ihnen immer abgesprochen und müssen es heute wieder tun; wenn der N.V.A. nun einmal eine wirtschaftliche Kampforganisation sein will, dann bediene man sich nicht der Mittel, wie Erbsen mit Speck, Unkostenbedeckung von Seiten der Arbeitgeber, äußerlich und auffallend erscheinendes zerrissenes Verhalten zwischen der Zeitung des N.V.A. und seiner Mitglieder — trotz der viel gepriesenen Gemeinheitsidee — und schließlich unaufrichtiger Behauptungen! Unwahre Behauptungen stellt A. W. der Bezirksobmann Straube des N.V.A. für Oberhessen auf, indem er in Protestsituationen um Anspruch bringt, daß in der Oppelner Zementfabrik über 700 Mitglieder im N.V.A. organisiert sind! Man hat ja nun versucht, annehmend doch nur bezweigen, um den Klageantrag des N.V.A. vor dem Landes-arbeitsgericht genugsam begründen zu können, etc. Man an Nord zu bringen! Weder die Gewerkschaftler noch die in Frage kommenden Behördenvertreter haben bisher Gegenwehr geübt!

festzustellen, daß der N.V.A. eine Kampforganisation ist; denn wenn trotz solch ärmlicher Bedingungen, die zum Demonstrationszug gestellt wurden, nur 5 Zementarbeiter aufstift über 700 Arbeiter erschienen sind, dann schilt dem N.V.A. jeder Inhalt, um überhaupt Existenzberechtigung zu erlangen, viel weniger sie zu besitzen!

Dieser „Osterparade“ des N.V.A. in Oppeln gibt uns erneut Veranlassung, den Kement- und Kalkarbeitern und allen anderen zu sagen, daß eine solche Bewegung, wie sie der N.V.A. darstellt, niemals die Not des Proletariats beseitigen kann, wird und will.

Mit Erbsen und Speck, mit Stahlhelmrummel, mit Sammet und Schwert, mit langer Arbeitszeit und ungenügenden Arbeitsbedingungen, und was das Wichtigste ist, mit bezahlten Elementen des Arbeitgebers, die den Demonstrationszug bildeten, und auch nur leben an der Zahl, kann die wirtschaftliche und kulturelle Not auch des oberhessischen Proletariats nicht behoben werden. Die freien Gewerkschaften werden sich niemals mit dieser N.V.A. Bewegung messen, weil diese nicht im Einklang mit den Interessen der gesamten Arbeiterschaft vertritt, sondern nur die bevorzugen, die nationalen Verbänden angehören, und sich nur mit dem Schicksal dieser abfinden, von denen sie die Garantie hat, daß die Handlungsweise der Führer des N.V.A. immer die richtige sei, nämlich: wenn sie gemeinschaftlich mit dem Arbeitgeber über das Los deren bestimmen wollen, die im Grunde genommen von ihnen gar nicht wissen wollen. Ein solcher Vorkriegsartikler ist eingegangen und so wird es auch dem N.V.A. gehen. — Inbessenen freiten die freien Gewerkschaften aufwärts und immer mehr werden die Reime, die „innerlich“ mit kapitalistischen Fiebern getränkt sind, erkranken müssen. Die große Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, die heute emsig ihre ganze Kraft dem Kapitalismus für viel an billigen Lohn herbeibringt, weiß, daß schon so mancher im Feiern in dem Summ getreten und elend dabei umgekommen ist, deshalb warten sie, wenn heller Tag ist und suchen sich den Weg, der ihnen die Zukunft ebnet. Dieser Weg geht nur durch die freien Gewerkschaften!

Lohnbewegung

in der rheinischen Ziegelindustrie.

In einer gemeinsamen Sitzung der Vertrauensleute der rheinischen Ziegelindustrie wurden die Gewerkschaften beauftragt, den im Jahre 1928 abgeschlossenen Lohntarifvertrag zu kündigen. In der Aussprache wurde allgemein hervorgehoben, daß die Tarifhöhe in den beiden Tarifgebieten gemein an den Stundenlöhnen in der übrigen Industrie ganz erheblich zurückbleibe.

Die ungelerten Arbeiter auf der Aegale sind am aller-schlechtesten im Tariflohn gegenüber ihren Kollegen in der übrigen Industrie gestellt. Die schwere körperliche Arbeit ist nicht ohne weiteres dafür, daß der Stundenlohn bedeutend höher sein müßte als der Arbeiter in den übrigen Industrien. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse wurde beschlossen, dem Arbeitgeberverband der rheinischen Ziegelindustrie die nachstehenden Forderungen zu unterbreiten:

1. ungelerte Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 80 Pf.
2. angelernte Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 88 Pf.
3. Facharbeiter erhalten einen Stundenlohn von 96 Pf.

Mexiko

Fünffach ist das Land gerissen:
 Fünffach blutet Mexiko!
 Wall Street und die Senekones,
 Kirche, Bauern und Proleten.
 Bipapuff: die Schiffe knallen:
 immer blutet Mexiko!
 Kirchenglocke ruft zum Sturme,
 Rote Banner um Tampico.
 Mächtlich die Vulkanen stampfen:
 Feuer über Mexiko!
 In der Tierra caliente
 frißt das Fieber ihr am Leben.
 Fieber, Dipe — frag nicht lange:
 gib dein Blut für Mexiko!
 Silber, Kupfer, Blei und Del:
 Reichsten Reichtum schenkt die Erh.
 Hörst du nicht die Meere brausen?
 Ozean um Mexiko!
 Auerrohr, Tabak und Welle —
 Pulquewein aus den Uaguen.
 Laßt den Pulquewein uns trinken —
 Freiheit für Land Mexiko!
 Bipapuff: die Schiffe knallen:
 Rote Banner um Tampico.
 Berechtigte Uebertragung von Max Dortu.

Wie mans macht . . .!

Stimme von Linda-Linda.
 Feierabend. — Die Gutsleute von Großschwintochlowitz
 empfangen ihren fäkalischen Lohn. Leises Wispern und Klüffern.
 Morgen ist Reichstagswahl.
 Rechts oder Links —? Selbstverständlich links. Wie
 sollte man auch anders —! So ist die allgemeine Stimmung
 im Herzen tiefen — doch ansonst —?
 Herr Steffens auf Großschwintochlowitz schritt gravitätisch
 über den Hof daher. Musternd fuhr sein Blick über seine Leute
 dahin, die nun gar schweigend geworden.
 Leute —! Morgen ist Reichstagswahl. Da gilt es, gut
 reudentlich zu wählen —! Leute, ihr werdet doch nicht —!?
 Eine schwüle Pause.
 Herr Steffens räusperte sich. Holte tief Atem.
 Leute —! Ihr wißt, ich bin nicht so. Es kommt mir
 nicht darauf an. Wenn morgen in meinem Gutsbezirk nicht
 eine Stimme für die Roten heraustritt, lasse ich für euch
 um nächsten Sonntag ein fettes Schwein schlachten und lege eine
 ganze Tonne Bier auf. — Ueberlegt's euch gut! Ein fettes
 Schwein und eine ganze Tonne Bier —!
 Dann ging er.
 Ein Murren erst. Höhnisches Grinsen. Dann sah einer den
 anderen gar verlegen an.
 „Du hast es gehört —! Ein fettes Schwein und eine
 ganze Tonne Bier —! Kritikan, bedenke — —!“
 „Glaube ich nicht!“
 „Unse Herr hat's gesagt — —.“
 Der Wahltag war zu Ende. Man zählte die Stimm-
 zettel auf.
 Rechts — — — rechts — — — und nochmals rechts — — —
 2 Stimmen waren schon raus — — — und alle für rechts.
 Ein einziger Stimmzettel nur noch.
 Den biederem Landleuten triebelte es in den Fingern. Das
 fettes Schwein, die Tonne Bier war so gut wie sicher — — —
 denn — — —???
 „SW — —!“ verlas der Wahlvorstand.
 „Ob — —!“ Lange, enttäuschte Gesicht.
 „Soon Brummhose — —!“

„War doch so ein Schweinehund darunter — —!“ polierte
 es aus der Ecke, wo der Gutsherr saß.

Acht Tage später.
 Die Herren Gutsbesitzer aus der Umgegend sahen in der
 teuersten Kneipe der Stadt. Brauchen so mancher Flasche den
 Hals darauf, daß die Wahl besser ausgefallen, als man gedacht.
 Tauchten die Wahlzettel aus ihrer Gutsbesitzer aus.
 Staunten über das gute Ergebnis von Großschwintochlowitz.
 Steffens, wie hast Du das bloß gemacht?
 Dieser lächelte verschmitzt aus seinen kleinen Auglein.
 Faltete die Hände behäbig über den feinsten Scherbauch.
 „Ja — — Kunststück — — versprach den Kerlen ein fettes
 Schwein und eine ganze Tonne Bier.“
 „Ah! — — Das konnte aber eine teure Schmiere für dich
 werden, wenn nicht dieser eine Schweinehund so tollfies war —!“
 „Wieder ein verschmitztes Vödeln.“
 „Was! — — Kunststück — — dieser tollfies Schweinehund
 war ich ja selbst — —!“
 „Ah — — — —!“

Gewerkschaft und Buch.

Unter den zahlreichen Interessenten, die im Reichsmini-
 sterium des Innern den „Tag des deutschen Buches“ beschlossen,
 befanden sich auch Vertreter des DGB, und andere Gewerkschaften.
 Den Vorsitz führte der Reichsminister des Innern,
 Severing, der ja selbst aus der Gewerkschaftsbewegung hervor-
 gegangen ist. Dennoch fragten einige Leute im Lande: „Was
 geht dieser Tag eigentlich die Gewerkschaften an?“ Die Schrift-
 steller, ja; die Buchhändler selbstverständlich; die Wissenschaftler
 vielleicht und auch die speziellen Bildungsinstitutionen — aber
 die Gewerkschaften? Abgesehen davon, daß z. B. der DGB,
 auch ein Verlagsunternehmen betreibt, ist das Interesse aller
 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Tatsache be-
 gründet, daß die Gewerkschaftsbewegung längst aufgehört hat,
 lediglich der Wagenfrage zu dienen. Daß es ihre Hauptaufgabe
 ist, zunächst und vor allem für das tägliche Brot, für vernünftige
 Arbeitsbedingungen zu kämpfen, unterliegt selbstverständlich
 nicht dem geringsten Zweifel. Schon deshalb nicht, weil es
 Anfinn wäre, den leiblich Hungern den mit Kulturgerede fättigen
 zu wollen. Aber auf dem Fundament des wirtschaftlichen Klassen-
 kampfes erhebt sich erst das menschliche Leben des Arbeiters,
 nächst das Empor, was wir proletarische Kultur nennen. Diese
 Kultur ist nicht möglich ohne Klassenkampf — aber auch dieser
 Kampf wird wiederum genährt, gefestigt und beflügelt durch
 jene geistige Reife, die wirtschaftliche und politische Zusammen-
 hänge erkennt und die „verdammt Bedürfnislosigkeit“ auch in
 kulturellen Dingen hinter sich gelassen hat. Mit einfachen Wor-
 ten: Die Gewerkschaften dienen nicht nur dem materiellen, sie
 dienen auch dem geistigen Fortschritt. Darum dürfen auch sie,
 darum muß sie in jenem Sinne Severings Beachtung schen-
 ken, der darauf aufmerksam machte, daß es gelte, „gewissen un-
 geistigen Ausschreitungen und Erscheinungen auf dem Gebiete
 des Sports und des Filmwesens durch Stärkung der geistigen
 Kultur zu begegnen. Das geschieht am besten dadurch, daß dem
 guten deutschen Buch wieder größere Verbreitung und Geltung
 verschafft wird.“ Wegen der Verflachung des geistigen
 Lebens also richtet sich die ganze Aktion, und es liegt im un-
 mittelbarsten Interesse der Arbeiterbewegung, dieser Ver-
 flachung mit allen Mitteln entgegenzutreten. Wer sich nichts
 vormachen will, wer zum Beispiel sieht, wie die Heerscharen der
 Arbeitenden in Pinos strömen, die den erbärmlichsten Mist über
 die Leinwand rasen lassen, ist erschreckt über die geistige
 Bedürfnislosigkeit von Hunderttausenden. Was hier an „Pop-
 nahrung“ geboten wird, erinnert wieder und wieder an jene
 Schundliteratur, die früher in Millionen von Hefen vom Volke
 verschlungen wurde. Früher? Sie existiert auch heute noch, ist
 nur durch das lebendigere Kino in den Hintergrund gedrängt
 worden. Ob Bild oder gedrucktes Wort: wenn sie dem Schaf-
 fenden das Leben in unwarmer, sentimentaler, sensationeller

Darstellungen zur Anschauung bringen, so verzerren sie auch
 die geistige Struktur des Volkes, töten oder mindern wenigstens
 die gesunde Urteilskraft und legen die Pirne unter den Nebel
 einer Weltanschauung, die wahrhaftig dem bewussten Klassen-
 kampf nicht günstig ist.

Für den selbständig denkenden Gewerkschaftler kann es also
 gar keine Frage sein, daß in diese Vernebelung die Lichtstrahlen
 einer freien kämpferischen Kultur gelandt werden müssen. Dazu
 gibt es mehr als einen Weg. Aber wir sprechen heute vom
 „Tag des Buches“, und es gibt kaum ein besseres Mittel als
 das gute Buch, um gleichzeitig sowohl dem Unterhaltungs-
 bedürfnis wie der geistigen Erkenntnis zu dienen. Gute Bücher
 wie Sand am Meer stehen zur Verfügung, wenn man Kultur
 ohne proletarische Vorzeichen will. Aber auch hier ist von unserm
 Standpunkt doch die Einschränkung zu machen, daß viele dieser
 an sich guten Bücher aus einer uns fremd gewordenen Welt-
 anschauung geboren sind, wenn sie nicht gar offen gegen den
 Kampfwillen des Proletariats auftreten. Die politischen und
 wirtschaftlichen Wandlungen besonders im letzten Jahrzehnt
 offenbaren sich nicht nur in den sozialwissenschaftlichen Büchern:
 sie beeinflussen in hohem Maße auch die sogenannte „Schöne
 Literatur“, die bekanntlich auch vom Arbeiter vorzugsweise kon-
 sumiert wird. Beste Literatur in unserem Sinne ist die, die
 diesen Wandlungen gerecht wird und also das Leben und den
 Kampfwillen des Proletariats in ihren Bereich zieht. Wir wol-
 len nicht nur das Leben anderer Gesellschaftsklassen, wir wollen
 vor allem unser eigenes Leben darzustellen, gebeitet und dichte-
 rich befähigt leben. Eine Klasse ist erst dann dem Siege nahe,
 wenn ihre Mäe und Freuden, ihre Kämpfe, Niederlagen und
 Erfolge sich das Heimatrecht in der Literatur eroberien.

Eine Gewerkschaft war es, die diese theoretische Erkenntnis
 zu praktischer Auswirkung brachte, vielmehr die Bildungs-
 abteilung einer Gewerkschaft: der Bildungsverband der Deut-
 schen Buchdrucker. Er schuf die Bücherreihe Gute und Berg
 — zunächst auch aus sachtechnischen Gründen: um praktische Be-
 spielbarkeit auf dem Gebiete der Buchkunst zu leisten. Die
 Gründer gingen von dem Gedanken aus, daß der Arbeiter nicht
 nur einen Anspruch auf das gute, sondern auch auf das
 schöne und doch billige Buch habe. Kein Privatverleger
 war imstande, diese Ansprüche zu vereinen, weil der Zwischen-
 handel einen guten Teil des Preises frißt. Wohl aber ließ sich
 wieder einmal mit dem Zauberwort „Organisation!“ ein fühner
 Gedanke verwirklichen. Wie er verwirklicht wurde, zeigt die
 Tatsache, daß heute, nach noch nicht fünf Jahren, sechzigtausend
 Leser in der Bücherreihe Gute und Berg vereinigt sind! Und wodurch
 wurden sie gewonnen? Dadurch, daß die Leitung der Gilde den
 oben skizzierten Ansprüchen als Richtschnur folgte. Sie zog die
 bekanntesten Arbeiterdichter heran, brachte Werke von Herz,
 Bartel, Graf, Freygang, Schönknecht, Luitpold — ein Werk von
 Verich wird vorbereitet —, sie entdeckte Traven, den padenden
 Schilderer aus Mexiko; verhalf Tad London zu einer Volks-
 ausgabe, sie ließ Armin T. Wegner, Colin Rok, Schönberg,
 Freher, Karl Schröder, Schrenzel, Danz, Anzengruber, Jung-
 nickel, Didenz und viele andere zu Worte kommen, brachte
 Nofane, Reiseschilderungen, wissenschaftliche Werke, und ver-
 öffentlichte Kunstbücher von Schifowski und Kraus. Etwa siebzig
 Werke stehen heute den Mitglidern zur Auswahl bereit — und
 was zahlen sie dafür? Monatlich eine Reichsmark. Dafür er-
 halten sie jährlich vier Bücher.

Ist es zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß der Kampf
 gegen geistige Verflachung in der Arbeiterkassette hier einen
 Mittelpunkt praktischer Aktion gefunden hat, der sich als außer-
 gewöhnlich fruchtbar erwies? Die Ehe zwischen Gewerkschaft und
 Buch — hier ist sie vollzogen. Sie ruht auf dem Gedanken der
 Organisation, der Solidarität, des Kampfwillens — und wer
 ein Streiter nicht nur für Brot und Würde, sondern auch für
 die geistige und seelische Kultur des Proletariats ist, der kann
 den „Tag des Buches“ nicht besser feiern, als indem er seinen
 Beitritt zur Bücherreihe Gute und Berg, der Buchgemeinschaft aller
 Werktätigen, erklärt.

Jugendliche:
 von 19 bis 20 Jahren erhalten einen Stundenlohn von 72 Pf.,
 von 18 bis 19 Jahren 64 Pf., von 17 bis 18 Jahren 56 Pf., von
 6 bis 17 Jahren 48 Pf., von 15 bis 16 Jahren 40 Pf., von 14
 bis 15 Jahren 32 Pf.

Gruppeneinteilung.

§ 1.

Die Arbeiter werden in vier Lohngruppen eingeteilt:
 Gruppe 1: Ungerernte Arbeiter über 20 Jahre.
 Gruppe 2: Ungerernte Arbeiter. Arbeiter im Ton-,
 Schiefer- oder Lehmberg, Walzen- und Kollerwerfer, Einlarrer,
 Bader, Abschneider, Abnehmer, Ableger, Arbeiter die als lose
 Leute eingestellt worden sind und alle Arbeiten der Gruppe 2
 und 3 verrichten können, solange sie nicht in Gruppe 3 ein-
 treten sind.

Gruppe 3: Facharbeiter, Bararbeiter, Bize-, Pressmeister,
 Handstrichformer, Auslarrer, Einspinner, Brenner, Anstarrer,
 Fleischer, Sagenleger, Sortierer, Maschinenisten, Feiler und
 Handwerker.

Gruppe 4: Jugendliche Arbeiter von:

- | | |
|-----------------|-----------------|
| a) 19—20 Jahren | d) 16—17 Jahren |
| b) 18—19 Jahren | e) 15—16 Jahren |
| c) 17—18 Jahren | f) 14—15 Jahren |

§ 2.

Der Lohn des ungerernteten Arbeiters über 20 Jahre gilt
 für die Berechnung der Löhne der übrigen Gruppen als Rech-
 lungseinheit gleich 100.

Die Lohnstafel wird festgesetzt:
 Gruppe 1 ungererntete Arbeiter über 20 Jahre 100 Proz.
 Gruppe 2 ungererntete Arbeiter : 110 Proz.
 Gruppe 3 Facharbeiter 120 Proz.
 Gruppe 4 jugendliche Arbeiter von 19 bis 20 Jahren 90 Proz.,
 18 bis 19 Jahre 80 Proz., 17 bis 18 Jahre 70 Proz., 16 bis
 15 Jahre 60 Proz., 15 bis 16 Jahre 50 Proz., 14 bis 15 Jahre
 40 Proz.

Arbeiter, die in den Gruppen 1 bis 3 beschäftigt sind, er-
 halten den Vollarbeiterlohn.
 Betriebsarbeiterinnen erhalten 75 Proz. der in der Gruppe 1
 festgesetzten Löhne.

Invaliden erhalten einen Lohn, der auf Grund freier Ver-
 einbarung im Benehmen mit der gesetzlichen Arbeitervertretung
 in den ersten 14 Tagen festgesetzt wird.

Die Arbeiterkassette ist fest entschlossen diese Forderungen
 durchzudrücken und wird alle Hebel in Bewegung setzen, den
 Forderungen den stärksten Nachdruck zu verleihen.

Tarifkonflikt in der Ziegelindustrie.

Der Lohnvertrag zwischen dem Mehrzahlvereinbarung für die
 Ziegelindustrie Westfalens wurde von uns sowie auch von dem
 Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Ziegelleien zum
 April 1929 gekündigt. Die Arbeitgeber haben anscheinend
 in diesem Jahre große Pläne. Sie verlangen Lohnabbau und
 Vorkauf der Ueberstundenprämie bei 8 Stunden Arbeit.
 In den letzten Tagen wurde auf fast allen Betrieben Westfalens
 folgende Bekanntmachung ausgehängt:

„In Anbetracht der schwierigen Wirtschaftslage sind wir
 nicht mehr in der Lage, vorjährige Tariflöhne weiter zahlen
 zu können. Nach Ablauf des Tarifvertrages leben wir uns
 daher anzuwenden, der gesamten Vertriebskraft mit der tariflich
 festgesetzten eintägigen Frist zu kündigen. Die untenstehenden
 Lohnsätze werden ab übermorgen zur Auszahlung gebracht.
 Den in zweitägiger Schicht beschäftigten Brennern wird
 die Arbeitszeit auf 10 Stunden zum Lohn der Gruppe 2 an-

züglich Ueberstundenabgeltung verrechnet und bezahlt. Die-
 jenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche nicht gewillt sind,
 zu den neuen Arbeitsbedingungen weiter zu arbeiten, haben
 dieses bis morgen abend zu melden.“

Dann folgen die neuen Lohnsätze, die 5 Pf. unter denen
 des bis zum 1. April gültigen Tariflohnes
 liegen. Das bedeutet für die Brenner einen Lohnabbau von
 1,92 RM und für die übrigen Arbeiter 0,50 RM pro Tag.
 Die Arbeitgeber reiten wieder auf ihrem alten Stedenpferd:
 Der Brenner soll 12 Stunden arbeiten und nur 10 bezahlt
 bekommen. Scheinbar wissen die Arbeitgeber noch nicht, daß
 der Ofen einer dauernden Beaufsichtigung bedarf. Wir hoffen
 jedoch, ihnen diese Erkenntnis in diesem Jahre beibringen zu
 können. Die kommenden Verhandlungen werden sich zweifel-
 los recht schwierig gestalten. Unter keinen Umständen dürfen
 die Forderungen der Arbeitgeber verworfen werden. Von unse-
 ren Kollegen erwarten wir, daß sie sich strikte an unsere An-
 weisungen halten. Es muß bedungen die Aufgabe aller Kollegen
 sein, den letzten Heiler für unsere Organisation, den „Pera-
 mischen Bund“ im Verband der Fabrikarbeiter Westfalens
 zu gewinnen.

Es ruht nichts, wenn man abseits steht und darüber schimpft,
 daß die Organisation nicht genügend für die Riesler tut. Wenn
 es immer noch Riesler gibt, die wohl ernten, aber nicht säen
 möchten, so liegt bei ihnen die Schuld, wenn die diesjährige
 Tarifbewegung nicht zur Zufriedenheit der Kollegen ausfällt.
 Von Nichts kommt Nichts, und wenn wir unsere Lage ver-
 bessern wollen, dann müssen die Reihen geschlossen
 werden. Unorganisierte darf es nicht mehr geben. Wenn
 wir einig und geschlossen dastehen, dann werden die schwarzen
 Pläne der Arbeitgeber zu scheitern werden. Darum: Hinein
 in den Peramischen Bund, hinein in die Ein-
 heitsorganisation der deutschen Riesler.

Konferenz

der Altmärker Zieglerkollegen.

Am Gewerkschaftshaus Stendal taate am 7. April die
 Konferenz für die Zieglerindustrie Altmark. Es waren
 24 Delegierte anwesend. Von der Vorseitung ergriffen Kollege
 Blau (Magdeburg), welcher über Lohn- und Vorkaufsprachen
 referierte. Er leitete seine Ausführungen ein mit dem Hinweis,
 daß wir in diesem Jahre auf harten Widerstand der Arbeit-
 geber stoßen. Waren diese in der Vergangenheit immer in der
 Defensive, so gehen sie jetzt zur Offensive über. Fast überall
 werden die Tarife durch die Arbeitgeber gekündigt. Die Zement-
 industrien, auch die Magdeburger Zementwerke, haben die
 Tarife zum frühesten möglichen Zeitpunkt gekündigt. Auch
 in einigen anderen Bezirken ist es dasselbe. Sie fordern im
 allgemeinen Lohnabbau und Vorkauf auf mindestens zwei Jahre.
 Auf Grund der Verhältnisse ist also mit großen Sprüngen mit
 dem Lohn unserer Löhne nicht zu rechnen. Unsere Kollegen
 haben deshalb in den anderen Bezirken auch nur eine Loh-
 nabesserung von 10 Proz. bzw. 10 Pf. je nachdem die Höhe
 des bestehenden Lohnsatzes es bedingt, pro Stunde gefordert.
 Auch dem Organisationsvorstand gilt ersichtliche Aufmerksamkeit.
 Wir sind in den letzten Jahren darin vorwärts gekommen,
 aber nicht so, daß es uns befriedigen kann. Wenn wir in
 Zukunft uns nicht immer mehr mit dem abfinden wollen, was
 uns durch die Sachlageinstanzen angedungen wird, dann
 müssen wir unsere Organisation in allen Bezirken einfließen.
 Zur Erreichung dieses Zweckes ist Mitarbeit aller Rieslerkollegen
 notwendig. Unser Tarif ist noch nicht gekündigt. Wir können
 ihn aber zu jeder Zeit mit einer 14-tägigen Frist kündigen. Per
 Mantelvertrag braucht nicht gekündigt werden. Eine rege Aus-

sprache schloß sich an. Daran beteiligten sich Reind (Sala-
 wedel), Klotz (Langermünde), Meyer (Vorst), Wiedel-
 bed (Delmstedt), Grotz (Osterburg), Van (Langermünde),
 Wolf (Stendal), Michels (Seebauhen), Schoof und Wolf-
 fänger (Neuhaldensleben). Einmütigkeit bestand über die
 Kündigung des Tarifs, auch über die Höhe der Forderung mit
 10 Pf. pro Stunde in der Spitze. Weiter wurde angeregt,
 eine Angliederung der unteren Lohnklassen an die erste zu be-
 antragen, desgleichen mit den Löhnen der unter 20 Jahre alten
 Arbeiter. Es gilt noch manches Unrecht zu beseitigen. Kollege
 Blau wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß nicht die
 Organisation Schuld daran sei, daß die Lohnspannen so große
 sind; denn wir haben sie nicht gewollt. Da aber gerade die
 Betriebe, welche nach der niedrigsten Lohnklasse bezahlt werden,
 zum großen Teile auch nicht organisiert sind, so ist es um so
 schwerer, Veränderung darin zu schaffen. Wir werden nach wie
 vor bestrebt sein, unseren Kollegen zu ihren Rechten zu ver-
 helfen. Nach Besprechung von einigen anderen Angelegenheiten
 wurde die Konferenz vom Kollegen Wolf (Stendal) geschlossen.
 G. a. b.

Schulungskursus in Detmold.

In der Zeit vom 10. bis einschließlich 13. Februar wurde in
 Detmold ein Schulungskursus für unsere Gewerkschaftsjun-
 ktonäre abgehalten. Der Hauptvorstand hatte sich bereit erklärt,
 die nötigen Redner für den Kursus zu stellen. Kurz nach 9 Uhr,
 als die Jüge in Detmold eintrafen, versammelten sich die Teil-
 nehmer im Tagungslokal. Nicht alle Kollegen konnten diesmal
 berücksichtigt werden, weil die Teilnehmerzahl auf 40 beschränkt
 war. Nach einigen einleitenden Worten des Kollegen Vott-
 holt, indem er auf die Bedeutung des Kurzes hinwies, betonte
 der Kollege Thiemig in seinen einleitenden Worten, daß die
 Volksschule, die wir als Arbeiter besucht hätten, viel an uns
 verdammt hat, indem unser Wissen und unsere Kenntnisse nicht
 so ausgebildet worden seien, wie es im Interesse des einzelnen
 Kollegen gelegen habe. Deshalb sei es notwendig, wenn wir in
 der Gewerkschaftsbewegung vorankommen wollten, daß ein tüch-
 tiger Stab von Vertrauensmännern herangebildet würde, die als
 Betriebsräte oder sonstige Funktionäre unserer Organisation
 tätig seien. Sollten aber diese Kollegen ihren Aufgaben ge-
 wachsen sein, dann müßte ihnen das nötige geistige Nützzeug ver-
 schafft werden, damit sie ihren Mann in Kampf und Dasein und
 im Interesse der Organisation stellen könnten. Deswegen habe
 ja auch der Hauptvorstand seinerzeit beschlossen, eine eigene
 Verbandschule zu schaffen, in welcher in jedem Jahre einer Anzahl
 von Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit gegeben würde, ihre
 Kenntnisse zu bereichern. Auch aus dem Vipper Lande habe
 im vorigen und auch in diesem Winter eine Anzahl von Kol-
 legen die Schule besucht. Neben den Kursen in der Verbands-
 schule würden aber auch dort, wo es notwendig sei, noch Sonder-
 kurse abgehalten, um den Kollegen Ausbildungsmöglichkeiten zu
 geben.

Der Kollege Adler, Hannover, referierte dann in den
 nächstfolgenden Tagen in sieben Vorträgen über das Betriebs-
 rätegesetz. Als guter Kenner des Betriebsrätegesetzes und der
 einschlägigen Rechtsprechung wurde den Kollegen vor Augen ge-
 führt, wie die gesetzlichen Bestimmungen im Interesse der Kol-
 legen zu verwerten seien. Die Pflichten und Rechte, die die Kol-
 legen auf Grund des Betriebsrätegesetzes haben, wurden erläu-
 tert. Mancher Fingerzeig ist den Kollegen gegeben worden, und
 es ist zu hoffen, daß die Kollegen das Gehörte im Interesse ihrer
 Kollegen nachdringend verwerten werden.

Der Kollege Thiemig referierte in 5 Vorträgen über das Thema „Geschichte und Theorie der Gewerkschaften“. Ausgehend vom Sklaventum wurde den Kollegen die gesamte geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung vor Augen geführt. Das Kunstwesen des Mittelalters, aus dem sich in den 16er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Gewerkschaftsbewegung entwickelte, wurde in meisterhafter Weise vorgetragen. Neben der geschichtlichen Entwicklung der freien Gewerkschaften wurde auch die Gründung und Entwicklung der anderen Gewerkschaften auf Grund wissenschaftlichen Materials vorgetragen. Durch diese Vorträge wird manchem der Teilnehmer erst so recht klar geworden sein, weshalb einen vordemwollen Weg die Gewerkschaftsbewegung unter dem Sozialistengesetz in den 80er Jahren, wie überhaupt in der Vorkriegszeit, zurücklegen mußte. Manche der jüngeren Kursteilnehmer werden erlitten haben, daß in früheren Jahrzehnten noch ganz andere persönliche Opfer von dem einzelnen für die Gewerkschaftsbewegung gebracht worden sind. Ja, daß selbst mancher der alten Kämpfer sein Eintreten für die Gewerkschaftsbewegung und für den Sozialismus mit Gefängnisstrafe büßen mußte. Sicher werden auch diese Vorträge dazu beigetragen haben, den Teilnehmern am Kursus einen tiefen Einblick in die Geschichte der Gewerkschaften vermittelt zu haben.

Der Kollege Albin Karl, Hannover, sprach dann noch in 8 Vorträgen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. An zahlreichen Beispielen aus der Praxis erläuterte er, wie im einzelnen die gesetzlichen Bestimmungen zu verstehen und zu handhaben seien. In ausführlicher Weise erläuterte er dann die Bestimmungen der Sonderfürsorge und der Krisenbestimmung; weil nach den Bestimmungen für die Krisenbestimmung die Höhe der Sonderfürsorge, soweit eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt, berechnet werden. Der Kollege Karl erklärte, daß die Berechnung der Sonderfürsorge sehr kompliziert sei, und es bedürfte schon einer genauen Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen, um überhaupt die Berechnung fertigzustellen. Auch durch diese Vorträge wird den Kollegen zum Bewußtsein gekommen sein, wie notwendig solche Schulungskurse für unsere Funktionäre sind.

Die Zahlstelle Detmold hat es sich nicht nehmen lassen, für eine gute Unterbringung der Kollegen Sorge zu tragen. Außerdem war am Sonntagabend für alle Kollegen eine Theaterfeier besorgt worden, damit die Kollegen das Bippische Landesbühnenstück auch von innen kennen lernen konnten. War doch mancher Kollege anwesend, der bis jetzt noch nicht die Möglichkeit hatte, das Landesbühnenstück zu besichtigen.

Nachdem am Mittwochmittag der Kursus beendet war, wurde eine Besichtigung der Dörentrupper Sand- und Tongruben vorgenommen. Insbesondere wurde das neu errichtete Klinkerwerk eingehend besichtigt. Die Direktion hatte in freundlicher Weise die Erlaubnis zur Besichtigung erteilt. Am Eingang des Werkes wurden die Kursteilnehmer von Herrn Direktor Preischner begrüßt. Herr Betriebsleiter Warweg und Herr Stachelhaus hatten die Führung während der Besichtigung übernommen. Das Klinkerwerk ist mit den modernsten technischen Maschinen eingerichtet. Mancher Kollege wird den Eindruck gewonnen haben, daß auch in der Ziegelindustrie sehr modern eingerichtete Betriebe geschaffen werden können. Meinte doch einer der Kursteilnehmer, daß ja ein Betrieb doch nicht so eine Katastrophe sein könnte, wie manch anderer Zieglerbetrieb. Trotz des starken Frostes war der Betrieb im vollen Gange. Künftliche Trockenanlagen sorgten dafür, daß kein Material durch Frostschaden verloren ging.

In dem Bäckereien wurden sehr gute Waren gebrannt. Mancher Kollege wird vielleicht zum ersten Male einen im Betrieb befindlichen Tunnelofen gesehen haben, in welchem das zu brennende Material auf eigens dazu hergerichteten Schamottewagen gefahren und langsam durch die Feuerzone bewegt wird. Wird doch das zu brennende Material auf dem Wagen an einem Ende des Tunnelofens hineingebracht, langsam durch die Feuerzone gezogen, um am anderen Ende des Tunnelofens fertig gebacken wieder herauszukommen. Einen sehr freundlichen Eindruck machte die vorzügliche Sauberkeit in dem ganzen Betrieb, so daß man fast glauben möchte, nicht auf einen Zieglerbetrieb, sondern in einer gut eingerichteten Fabrik zu sein. Insbesondere müssen noch die sanitären Einrichtungen auf beiden Werken erwähnt werden. Wannen- und Brausebäder stehen den Arbeitern täglich zur Verfügung, damit sie nach Beendigung der Arbeit ein reinigendes Bad nehmen können. Speise- und Waschräume, sowie auch die Abfettaugen sind in weißen Fliesenplatten gehalten. Wachte doch ein Kollege die Verankerung, indem er sagte, daß man in manchem Restaurant nicht so sauber eingerichtete Toilettenräume entriefft.

Nachdem die Besichtigung des Betriebes beendet war, verjammelten sich die Kursteilnehmer in der nahe bei dem Werke gelegenen Gastwirtschaft „Zur Erholung“, wo auf Kosten des Betriebes den Kursteilnehmern eine Erfrischung geboten wurde.

Hier nahm der Kollege Rothmann Gelegenheit, um in einer kurzen Ansprache nochmals auf die Bedeutung des Kurzes hinzuweisen. Er dankte der Direktion für die freundliche Genehmigung zur Besichtigung des Betriebes und für die dargebotene Erfrischung. Er wünschte, daß, falls Zieglerbetriebe-organisationen diesen Betrieb beschäftigen, den Wunsch mit nach Hause nehmen möchten, ebenfalls an ihren Betrieben derartige gute sanitäre Einrichtungen zu schaffen. Nachdem man noch eine Weile zusammenbleiben wurde die Audienz angetreten. Gostes wir, daß auch dieser Kurzes dazu beitragen wird, um einen weiteren Aufstieg des keramischen Bundes zu ermöglichen. R. P. D.

Deutsche Gewerkschaftspresse im Lichte der Kritik.

In der Zeitschrift „Die neue Bücherchau“, Heft 3, Jahrgang 1929, befindet sich ein Artikel: „Der Aufbau der deutschen Gewerkschaftspresse“. Der Verfasser würdigt die Presse des ADGB durchaus zureichend und hält auch mit einer Kritik nicht zurück. Wir lesen in dem vorgenannten Artikel u. a.: „Ziffern sind wichtig. Ziffern bestätigen, sie überzeugen, sie überzeugen nicht. Das es eine Gewerkschaftspresse in Deutschland gibt, wird jeder gewußt haben. Welchen Umfang aber heute diese Presse hat, werden die meisten Leser der „Neuen Bücherchau“ mit Stutzen erschauern. Die deutsche Gewerkschaftspresse hatte im Jahre 1927 eine Gesamtanfrage von 21 150 000 Exemplaren. Nach einer Zählung der 57 Sonderzeitschriften des ADGB heißt es weiter: „Denn ist man, daß alle diese Zeitschriften Wochenblätter sind, und bespricht man ihre Umfang mit der Auflage der weitverbreiteten „Selbsthau“, die ungefähr 600 000 Exemplare Jahresanfrage haben dürfte, so erzählt man mit Stutzen, daß ihre Auflage etwa die der „Völkischen Zeitung“ erreichte, und daß die „Selbsthau“ der „Völkischen Zeitung“ bei weitem überlegen sei. Die deutsche Gewerkschaftspresse wird insgesamt betrachtet: „Niemand wird den Gewerkschaftsleitungen das große Versehen absprechen, am Werden der sozialistischen Bewegung, des Arbeiterkampfes, der Sozialberichterstattung und des Sozialrechtes aktiv mitgewirkt zu haben. Auch ihre Arbeit ist, natürlich von Tabellen, Diagrammen und kryptischen Abkürzungen, ist eine rege und beweiskräftige. Sowohl Arbeiter hat durch die Gewerkschaftspresse den Weg zu seiner Organisation gefunden und damit das Reichsheer der Unorganisierten verkleinert, das gegen seine Interessen handelt, die Macht der Unternehmer und des kapitalistischen Expansions hat. Und die behandelten Schichten und berufstätigen Arbeiter sind oft ausgezeichnet erzogen, leistungsfähig und verständlich dargestellt.“ Der unterzeichnete

Teil unserer Gewerkschaftspresse kommt bei dem Artikelschreiber schlecht weg. Ein Grund mehr, gerade diesem Teil die entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Bedeutung der Gewerkschaftspresse bringt in immer weitere Kreise, wovon auch die angelegene Besprechung Zeugnis ablegt. Zweifellos hat die Presse des ADGB einen erfreulichen Wandel durchgemacht. Weitere Verbesserungen im Inhalt und Aufbau stehen bevor. Sie ist unbestritten die größte Pressemacht Deutschlands. Leider wird dies gerade von vielen Gewerkschaftsmitgliedern nicht erkannt. Sie mühten sich ihrer eigenen Verbandspresse ein viel größeres Wohlwollen entgegenbringen und sie vor allen Dingen fleißiger lesen und verstehen lernen.

Brüder, in eins nur die Hände!

Eine gewerkschaftliche Jugendleiterkonferenz, welche auf Grund einer entsprechenden Einladung des ADGB, am 4. März stattfand, beschäftigte sich mit dem Berufsausbildungsgesetz, mit Berufsausschüssen und mit organisatorischen Angelegenheiten. Wie sehr sich die dem ADGB angeschlossenen Verbände für die proletarische Jugend betreffenden Fragen interessieren, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß 25 Gewerkschaften und 9 Bezirke des ADGB ihre Vertreter zu dieser Jugendleiterkonferenz entsandt hatten.

Was mich bewegt, von dieser Jugendleiterkonferenz hier zu reden, ist die erfreuliche Tatsache, daß sich endlich einmal die Spitzenorganisationen der sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft zusammenfinden, und zwar in Fragen der Jugend zur gemeinsamen Arbeit. In der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des ADGB, heißt es nämlich in einem Bericht von dieser gewerkschaftlichen Jugendleiterkonferenz auf Seite 204 wie folgt:

„Die Absicht, auf einer gemeinsamen Jugendführertagung der Gewerkschaften, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Arbeitersportler im Mai oder Juni dieses Jahres Fragen der sozialistischen Jugendberichterstattung und solche der gemeinsamen Interessenvertretung zu behandeln, wurde aufgegeben.“

Wer denkt beim Lesen dieser Zeilen nicht an die Brüder, die unserer Gewerkschaftsjugend genau so als Kampflieder dienen wie der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Arbeitersportlerjugend, in denen es heißt: „Wenn wir schreiten Seit an Seit“ oder: „Brüder, in eins nur die Hände!“ Es ist wirklich eine Freude, feststellen zu können, daß sich endlich einmal drei große Richtungen der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft zusammenfinden, um gemeinsam über sozialistische Jugendberichterstattung und sonstige die proletarische Jugend betreffenden Fragen zu beratschlagen, um Wege zur gemeinsamen Tat zu finden.

Möge diese Konferenz der Jugendleiter der drei großen Arbeiterjugend-Gruppen (Gewerkschaftler, SAJ und Arbeitersportler), von einem guten Geist getragen, zum erstrebten Ziele führen und dadurch einer erheblichen Arbeit im Interesse der schaffenden Jugend die Wege ebnen, und möge dann, nachdem sich die Jugend dieser drei gewaltigen Arbeiterorganisationen zur gemeinsamen Arbeit zusammengefunden haben, auch die Ältern sich zur gemeinsamen Tat zusammenfinden, das ist der Wunsch der Jugend unseres Verbandes, mit dem wir unsere Begrüßung zu der kommenden Jugendleiterkonferenz verbinden. Josef Schopp.

Gewerkschaftsunternehmen Lindcar-Fahrradwerk.

Das Lindcar-Fahrradwerk ist ein Unternehmen der freien Gewerkschaften und ist in Lichtenrade bei Berlin. Im Jahre 1926 wurde es mit 105 000 RM Stamkapital übernommen und als gewerkschaftliches Eigenunternehmen von den Verbänden gegründet. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten tritt als Kreditgeber auf und die Propaganda wurde bisher von den Ortsausschüssen des ADGB in die Kreise der Gewerkschaftsmitglieder getragen.

Die bisherige Entwicklung des Lindcar-Fahrradwerkes zeigt, daß damit kein Wagnis getan wurde, im Gegenteil, man muß von einem erheblichen Aufschwung berichten. Im Jahre 1926 wurden 13 000 Fahrräder erzeugt, im Jahre 1927 schon 26 000, und im Jahre 1928 waren bereits bis Ende September 32 000 Fahrräder an gewerkschaftlich organisierte Kollegen abgegeben. Die Erzeugung vom Jahre 1928 lag schon über 40 000 Stück. Das sind doch sehr wirkungsvolle Ziffern.

Mit diesem günstigen Aufschwung war selbstverständlich ein dementsprechender Ausbau der Anlagen verbunden, die für eine Tagesproduktion von 600 Rädern ausreichen.

Die Arbeitsräume sind hell und hygienisch einwandfrei. Desgleichen sind die sozialen Einrichtungen vorbildlich. Ein kräftiges, schmackhaftes Mittagessen wird für 50 Pf. abgegeben. Schöne Wäsch- und Bebelegenheiten haben die Arbeiter zur Verfügung.

Das Unternehmen steht nicht mehr isoliert als Eigenbetrieb der Gewerkschaften, es ist die erlebte Vereinigung mit dem Fahrradhaus „Friedrich“ bereits vollzogen, und zur Großverkaufsgesellschaft „Deutscher Konsumvereine G.G.“ sind Wege gefunden. Damit ist die geschäftliche Basis erweitert und es wird nicht lange dauern, ist es ein starker Wachstumsfaktor innerhalb der Fahrradindustrie Deutschlands.

Gewerkschaftskollegen, die für sich und ihre Angehörigen Fahrräder brauchen, tun gut, sie von dem Lindcarwerk zu beziehen, dort erhalten sie ein vorzügliches Fabrikat bei dreijähriger Garantie gegen Abnutzung von 3 RM in der Woche.

Zur Zeit unterhält das Werk Fabriknebenanlagen in Berlin SW, Oranienstraße 127; Berlin NW, Große Frankfurter Straße 83; Bochum, Reiffstraße 27; Braunschweig, Schoppensteher Straße 3-4; Bremen, Nordstraße 45-47; Breslau, Margaretenstraße 17; Dortmund, Danksstraße 3; Düsseldorf, Wallstraße 27; Elberfeld-Barmen, Berliner Straße 78; Erfurt, Johannesstraße 55; Essen, Stoppenerstraße 10; Frankfurt a. M., Gr. Friedberger Straße 19; Duisburg, Großer Rathof 6; Hannover, Keller Straße 156; Osnabrück, Weststraße 5; Danzig, Raabstraße 16-18; Köln-Deutz, Gitorfer Straße 1; Königsberg i. Pr., Burdamer Hofgarten 31; Magdeburg, Schönebergstraße 6; Mainz, Große Weiche 53; München, Fernstraße 40-42; Plauen, Konigsstraße 15; Rumburg, Eisenstraße 12-14; Götting, Poststraße 1; Leipzig, Rother Straße 32; Wolfshaus, Dresden, Ribbenstraße 5; Rastatt, Stuttgart und im übrigen übernehmen die Ortsausschüsse des ADGB die Vermittlung. Interessenten wollen sich auch dort oder direkt an das Lindcar-Fahrradwerk in L. S. Berlin-Lichtenrade, wenden.

Die Volksfürsorge im ersten Quartal 1929.

Jahrelange Aufbau- und Organisationsarbeit wirkt sich aus. Die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der freien Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, hat jetzt einen Neuanfang, der auch die höchsten Erwartungen bei Gründung des Unternehmens weit übertrifft. Im ersten Quartal des Jahres 1929 kamen 155 498 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung herein, im Monat März allein 56 501. Das Märzergebnis ist das höchste, das die Volksfürsorge bisher erzielt.

Das erste Quartal schloß mit einem Gesamtbestand von rund 1 610 000 Versicherungen mit 650 Millionen Reichsmark Versicherungssumme ab.

In Versicherungsleistungen wurden in diesen drei Monaten 640 000 RM ausbezahlt, davon im März 225 000 RM.

Das Vermögen der Volksfürsorge beträgt gegenwärtig etwa 60 Millionen RM und ist größtenteils in mündelbaren Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaues angelegt.

Literarisches.

Boston, in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 25. März lesen wir: „Up-ton Sinclair hat am Ende des vorigen Jahres einen groß zweibändigen Roman veröffentlicht: Boston. Es ist ein historischer Roman, der in zwei Bänden die Geschichte des Sacco-Vanzetti-Prozesses behandelt. Im Mittelpunkt des Romans steht die Gestalt Bartolomeo Vanzettis, des geistigen Führers der beiden von der herrschenden Klasse Massachusetts unschuldig Hingerichteten. Die ganze Geschichte Amerikas vom Jahre 1916 bis zum Jahre 1927 wird vor den Leser hingestellt. Die Kriege der amerikanischen Großindustriellen, die ihre Kriegsgewinne durch die Arbeiterklasse vergebens in Streiks um Lohn-erhöhung kämpft, die durch die angehörige Steigerung der Warenpreise notwendig ist, die „siegreichen“ amerikanischen Truppen kehren aus Frankreich zurück, Arbeitslosigkeit herrscht; der amerikanische Bankier kündigt die angelegte Flut der „roten“ Verbrechen, indem er Polizeitruppen finanziert und anstatt seinen Arbeitern anständigen Lohn zu zahlen, die Konterrevolutionären weißen Terror in Ungarn und Italien finanziert.“

An den beiden unschuldigen Anarchisten, Sacco und Vanzetti, soll die „rote Gefahr“ in einem welt sichtbaren Beispiel radikal verurteilt werden. Sinclair zeigt die einzelnen Stadien dieses Bestrafungsmordes; nie zu vermessend Beweis einer haberrüsten Klassenjustiz, die unbeirrt von allem laut Widerspruch der versetzten Welt ihr Opfer haben muß, ein erschütterndes zäher, sieghaftiger, aber vergeblicher Kampf!

Mit Meisterschaft deckt Sinclair die Korruption der Bostoner herrschenden Klasse auf. Dieses Werk Sinclairs ist für jede Sozialisten ein nachschätzbares Lehrbuch der Klassenjustiz.

Wir hielten diesen ersten Hinweis auf das Buch Sinclairs um so mehr für notwendig, als uns ein amerikanischer Genosse folgendes schrieb: „Das Buch scheint nicht so viel Sensation zu machen, als man erwartet. Man hört nicht viel von ihm,“ und die Verkäufe sind selbst erscheinen vor drei Monaten nicht so zahlreich wie bei „Petroleum“. Das enttäuscht mich, weil ich dachte, es würde angegriffen werden. Es ist, soviel ich weiß, sogar in Boston nicht verboten worden. Offenbar hat sich die kapitalistische Presse vorgenommen, das Buch totzuschweigen. Die wenigen liberalen Zeitungen, die ich gesehen habe, sprechen von „Boston“ als von einem „hübschen, historischen Roman“, ohne daß sie sich besonders darauf oder dagegen einsetzen.“

Die Bücherhandlung Gutenberg, Berlin, bringt demnächst dieses Roman zu gleicher Zeit mit der Buchhandelsausgabe des Malik-Verlages als Ausgabe für ihre Mitglieder zum Preise von 4.50 RM heraus. Damit ist die weitere Verbreitung des Romans „Boston“ gesichert.

Neue Weltzeitbücher Nr. 293, Jean Baptiste v. Schwelzer. Die Gewerkschaftsfrage. Preis 65 Pf. 152-153, Ferd. Lassalle Tagebuch. Preis 1.25 RM. Unter den Neuerscheinungen in den Weltzeitbüchern finden wir wieder einige, die unsere Aufmerksamkeit erregen. Friedrich Hertel hat ein Bändchen Nr. 293 beigezweigt, in dem er Aufsätze von J. B. v. Schwelzer über die Gewerkschaftsfrage zusammengestellt hat. In einer Einleitung kennzeichnet er ihre historisch-politische Bedeutung. Das Bändchen bildet ein Seitenstück zu den früher von Hertel in der gleichen Sammlung herausgegebenen Schriften: „März und die Gewerkschaften“ und „Ergebnisse zu dem Bändchen: Lassalle Offenes Antwortschreiben an die Arbeiter“, während dabei zugleich ein anderer neuer Band der Weltzeitbücher „Ferdinand Lassalle Tagebuch“ (Nr. 152-153), das uns Lassalle eigenartige Persönlichkeit auf Grund von Selbstzeugnissen nahebringt, in unserer Reihe steht. Ein Bändchen von Theodor Haubert, „Führer aus deutsche Not, fünf politische Porträts“ (Nr. 263-264). Das Buch enthält fünf bestimmte Würdigungen des Wirkens und Lebens und der Persönlichkeiten von Friedrich Naumann, Max Weber, Conrad Haubmann, Hugo Preuß und Friedrich Ebert. Wir können diese Bändchen jedem empfehlen, der in kurzbemessener Freizeit sein Wissen von den Dingen und Menschen unserer Bewegung und des öffentlichen Lebens unserer Zeit erweitern will und, um Bücher zu erwerben, nur aus kargem Beutel schöpfen kann.

Den Vertrieb der Weltzeitbücher an Gewerkschaftler hat die Verlags-gesellschaft des ADGB, m. B. H., Berlin S 14, Inselstr. 6a, übernommen. Interessierte Kollegen wollen sich an diese wenden.

Ausglücke.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3a des Verbandsstatuts die Mitglieder der Zahlstelle Ludwigshafen: Jakob Rauf, Buch-Nr. S II 550 844; Peter Schuber, Buch-Nr. S II 550 891; Emil Weiß, Buch-Nr. S II 735 451; Wilhelm Dittgen, Karten-Nr. 188 384; Piliann Döpfert, Buch-Nr. S II 550 401.

Die Mitglieder der Zahlstelle Witterfeld: Willy Elze, Buch-Nr. S II 125 046; Hermann Halle, Buch-Nr. S II 767 859; Franz Voth, Buch-Nr. S II 723 747; Arthur Schäblich, Buch-Nr. 847 919; Karl Marr, Buch-Nr. 853 315; Alfred Gupta, Buch-Nr. S II 733 671; Hermann Wilhelm, Buch-Nr. S II 733 639; Otto Mennicke, Karten-Nr. 878 758.

Die Mitglieder der Zahlstelle Halle: Franz Lehmann, Buch-Nr. S II 733 001; Franz Franke, Buch-Nr. S II 729 249; Hans Fleischerbauer, Buch-Nr. S II 818 323; Friedr. Naab, Buch-Nr. S II 739 548; Kurt Kuhnert, S II 854 497; Aug. Radosilber, Buch-Nr. S II 858 687; Ludwig Kurz, Buch-Nr. S II 732 960; Max Reiche, Buch-Nr. 900 477; Rolf Dörhold, Karten-Nr. 848 919; Otto Giering, Buch-Nr. 891 814; Otto Nothe, Buch-Nr. 790 775.

Die Mitglieder der Zahlstelle Bremen: C. Hay Pinder, Buch-Nr. 786 620; Carl Leichter, Buch-Nr. 786 618; Wilh. Berhardt, Buch-Nr. 383 363; Heinrich Stankel, Buch-Nr. 693 492.

Die Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt a. M.: Rb. Schmidt, Buch-Nr. S II 715 295; Erich Blum, Buch-Nr. S II 740 933; Alois Hornis, Buch-Nr. S II 715 033; Conrad Weber, Buch-Nr. S II 732 023; Wilh. Schumann, Buch-Nr. S II 906 187; Friedr. Loh, Buch-Nr. S II 715 233; Peter Hainer, Buch-Nr. S II 740 883; Justus Wiebe, Buch-Nr. S II 715 257; Emil Meier, Buch-Nr. S II 352 459.

und die Mitglieder der Zahlstelle Hanau a. M.: Erich Wegmann, Buch-Nr. S II 507 953; Georg Heindel, Buch-Nr. S II 918 400; Leha Loh, Buch-Nr. S II 882 109; Jakob Reinhardt, Buch-Nr. S II 649 210; Julius Hauser, Buch-Nr. S II 922 845.

Arbeitsmarkt.

Gesucht für sofort erklaffiger Freibreiber, der fähig ist, feinste keramische Erzeugnisse nach Angabe zu brechen. Ferner: gesucht erklaffiger Modellier, der sowohl für Steinzeug wie für Porzellan-Modelle, Einrichtungen und Formen herstellen kann. Verlangt wird Einbrechen und Schablonen-schneiden nach Anweisung. Bewerbungen sind zu richten an: Werkstätten der Stadt Halle, Kunstgewerbeschule Burg Viehidenstein. (57)

Wir stellen für sofort einen tüchtigen Schleifer ein. C. & C. Carlstons, Porzellanfabrik, Blankenhain i. Th. (58)

Lebiger Modellier und Formengießer für sanitäre Spülwaren sofort gesucht. — Gewerkschaft Berggarten, Siershahn, Westerwald. (59)

Gesucht werden mehrere Korbmacher auf Zylinder, zum sofortigen Eintritt. Angebote an Max Kromer, Senftenberg II, Kettwitzerstraße 31. (60)

Ein Maschinenmaler zum Moken und schmale Kisten sofort gesucht. Koffelstele vorhanden. Meldungen an Gewerkschaftsbüro Renzia (D.-L.), Langeauer Straße 35. (61)

Glasarbeiter, verheiratet, eingearbeitet auf Schmelzglas, Service, Leiche und Leberzanglachen, sucht dauernden Posten. Zuschriften sind zu richten an die Redaktion dieses Blattes unter „S. 35“.

Modellabgießer und Einrichter der Geschirrbrennerei, firm in allen vorkommenden Arbeiten, sucht baldigst Stellung. Wohnung erwünscht. Suchender ist auch bereit, die Leitung der Normgießerei mit zu übernehmen, da er bereits früher als Meister tätig war. Gest. Anschriften erbitten unter „S. 36“ an den Keramischen Bund, Charlottenburg, Brahestraße 2-5.

Porzellanmaler, an laubere und flotte Arbeit gewöhnt, bewandert in allen Arbeiten, ehtl. auch als Spritzer, sucht Stellung. Verheiratet. Wohnung erwünscht. Angebote an den Verband der Fabrikarbeiter, Ortsgruppe Tiefenfurt, Schlieben. Stellung sucht tüchtiger rheinischer Aufreiter in Wirtschaftskartell (Sohl-, Brech- und Hartglas). Selbiger ist im Besitze von Rezepten zur Herstellung von Hartglas. Angebote an Zahlstelle, Köln, Severinsstr. 197/199.

Ein Gehilfe zum Vorstricken und Moken, erst als Anfänger an der Maschine zum Stellung. Angebote erbeten an die Zahlstelle Seite in a d (Zür.).

Berlag: Hermann Grängel, Charlottenburg, Brahestr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Neuninger, Charlottenburg, Brahestr. 2-5.

Druck: S. Jandzschki, Berlin SW 26, Elisabethufer 28/29.